Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 193. Montag, den 19. August 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Teurung und Arbeiterhaushalt.

Von allen Seiten kommen Nachrichten, daß selbst in dem ruhigen und schwerfälligen Deutschland sich Unruhen bemerkbar machen, die auf die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise zurückzuführen sind. Vor wenigen Wochen empörten sich in einer süddeutschen Stadt die Frauen über die hohen Butterpreise, es kam zu heftigen Szenen auf dem Markte. Jetzt wird aus Bückeburg, also aus dem Norden des Reiches, gemeldet, daß die Hausfrauen nicht länger so viel Geld für Milch bezahlen wollen. Dort kommt hinzu, daß der Hauptlieferant, ein Rittergutsbesitzer und ehrenamtlicher Landrat, den Bückeburgern pro Liter 20 Pfg. abnimmt, während die Bewohner von Stadthagen für die gleiche Milch von demselben Lieferanten nur 16 Pfg. zu entrichten brauchen. Die Stadt Bückeburg beabsichtigt nun, die Milchlieferung einem auswärtigen Verkäufer zu übertragen, der sie für 16 Pfg. ins Haus zu bringen hat.

Ähnliche Maßnahmen würden sicher noch an vielen Orten am Platze sein, denn wenn sich begreifen läßt, daß bei den deutschen Zollverhältnissen nach einer schlechten Futtermittelernte die Fleischpreise steigen müssen, so ist doch nicht einzusehen, weshalb Milch und Butter teuer bleiben, wenn gute Heuernten auf ein schlechtes Jahr gefolgt sind und wieder mehr Vieh eingestellt werden kann. Die Milchpreise sind aber gerade für den Arbeiterhaushalt von großer Wichtigkeit. Ist die Milch billig, so kann vor allem für die Kinder mehr verbraucht werden, und ein stärkerer Milchkonsum wäre im Interesse der Volksgesundheit außerordentlich zu wünschen. Die Milch kann nicht durch Surrogate ersetzt werden, sie enthält sehr wertvolle Nährstoffe.

Hohe Milchpreise in Verbindung mit hohen Fleischpreisen müssen also direkt aufreizend wirken, denn nun ist es kaum noch möglich, die bescheidene Fleischkost durch gute und nahrhafte Milch- und Mehlspeisen zu ersetzen. Die Kommunen sollten also ihr ganzes Interesse den Milchpreisbedingungen zuwenden und [illegible] mit Übernahme der Milchlieferung in städtische Regie beginnen, sowie sich herausstellt, daß die Preise in ungerechtfertigtem Maße hochgehalten werden. In dieser Zeit exorbitant hoher Fleischpreise muß ein Ersatz für Fleischkost geschaffen, werden wenn nicht die Unterernährung, unter der zweifellos ganze Volksschichten leiden, eine verhängnisvolle Ausdehnung erfahren soll.

Die allgemeine Teurung und besonders die des Fleisches besteht ja nicht erst seit kurzer Zeit, es ist mit ihr nicht mehr als mit „einer vorübergehenden Erscheinung“ zu rechnen. Jahr für Jahr sind mit kurzen Unterbrechungen die Preise der wichtigsten Lebensmittel gestiegen und — was das schlimmste ist — die Arbeiterlöhne haben nicht gleichen Schritt gehalten. Vor kurzem ist eine vorzügliche Schrift herausgekommen, die durch Zahlen die andauernde Preissteigerung feststellt und Vergleiche zieht mit der Lohnbewegung für den Zeitraum von 1881 bis 1910. Das Buch (Gustav Brutzer, die Verteurung der Lebensmittel in Berlin im Laufe der letzten 30 Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt. Duncker u. Humblot, Leipzig 1912) bringt nicht eigentlich neues Material. Man wußte es seit langem, und gelegentliche Statistiken der Gewerkschaften bewiesen es immer aufs neue, daß Lebensmittelpreise und Arbeitereinkommen schwer in Einklang gebracht werden können, und daß seit einer Reihe von Jahren das Verhältnis sich mehr und mehr zuungunsten des Arbeitereinkommens verschoben hat, aber es ist wertvoll, von einer Stelle, der auch ein Agrarier nicht den leisesten Vorwurf tendenziöser Ausnutzung dieser Tatsachen machen kann, festgestellt zu sehen, daß die meisten Arbeiterlöhne um ein beträchtliches erhöht werden müssen, wenn die Familien in die Lage versetzt werden sollen, sich nur eine einigermaßen ausreichende Ernährung zu beschaffen.

Die Zahlen sind aus amtlichen Statistiken entnommen, die Berechnungen der Gewerkschaften werden zum Vergleich herangezogen und immer wieder muß Brutzer konstatieren, daß selbst von den gelernten Arbeitern ein großer Teil unter dem als „auskömmlich“ bezeichneten Jahreseinkommen von 1300 Mk. bleibt, während die ungelernte Arbeiterschaft durchweg unter 1200 Mk. und in der Mehrzahl unter 1000 Mk. Jahresverdienst hat. „Es müssen also Frauen und sonstige Angehörige tüchtig mitarbeiten, wenn nicht unerträgliche Zustände eintreten sollen.“ Auch durch diese Schrift wird wieder der Beweis dafür geliefert, daß die Erwerbsarbeit den verheirateten Frauen aufgezwungen wird durch die Not des Lebens.

Der Verfasser des kleinen interessanten Buches beschäftigt sich intensiv auch mit der Organisation der Lebensmittelherstellung und des -verkaufs. Bei der Preisgestaltung des Fleisches vor allem kommt er zu dem Schlusse, daß außer dem Zoll und den schikanösen Einfuhrbestimmungen der vielfach verzweigte Zwischenhandel das Fleisch verteure, daß er rationeller gehandhabt werden müsse, um zu annehmbarer Preisbildung zu gelangen. Das dürfte jedoch verhältnismäßig schwierig sein, und deshalb scheint es uns geratener, das Hauptgewicht auf Durchsetzung andrer gesetzlicher Bestimmungen zu legen: Abschaffung der Lebensmittel- und Futtermittelzölle und sofortige Erleichterung der Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleische. Selbst bei den heutigen Zollsätzen würde es möglich sein, gutes und gesundes argentinisches Fleisch in gefrornem Zustand um 20 Pfg. pro Pfund im Einzelverkauf billiger zu beziehen als einheimisches Fleisch, wenn nicht durch den § 12 des Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr aus entfernten Ländern unmöglich gemacht würde. England kennt solche Bestimmungen nicht, es hat eine starke Einfuhr gefrorenen Fleisches, und seiner Arbeiter- und Kleinbürgerbevölkerung wird dadurch die Möglichkeit einer auskömmlichen Lebenshaltung gegeben.

Weite Kreise der deutschen Arbeiter und des Mittelstandes haben noch nicht eingesehen, was eine gesunde Wirtschafts- und Zollpolitik für ihre Familien bedeutet. Machten sie sich klar, daß die Leistungsfähigkeit der Familie und dadurch auch der Wohlstand des Volkes auf ausreichender Ernährung beruht, die einzig und allein durch Sicherung niedriger Nahrungsmittelpreise herbeigeführt werden kann, so könnten Konservative und Zentrum heute in Deutschland nicht die Stellung einnehmen, die ihnen gestattet, über die Interessen des Volkes hinweg eine Politik zu verfolgen, die nur der Agrarier Taschen füllt und das Volk darben läßt. Einen großen Teil der Schuld an diesen Zuständen tragen aber die Frauen. Sie kümmern sich zu wenig um die Politik ihres Landes, und gerade sie müßten Aufklärung verbreiten und energisches Eintreten der Männer für die Familieninteressen verlangen. Mit gelegentlichen kleinen Revolutionen gegen teure Milch und Fleischpreise ist es nicht getan; andauernde unermüdliche Frauenagitation ist nötig, damit die gesetzlichen Grundlagen für eine gesunde Lebenshaltung der Unbemittelten geschaffen werden können.

Politische Rundschau

Deutschland.

Gespensterfurcht.

In der „Post“ unternimmt es der General v. Gorsdorff, die Gefahr an die Wand zu malen, die dem Reich dadurch drohen soll, daß Frankreich immer mehr Neger militärisch ausbildet. Diese Frage ist auch in der Budgetkommission des Reichstags anläßlich der Beratung der Militärvorlage erörtert worden und ein Vertreter des Kriegsministeriums wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Verwendbarkeit der Neger gegen weiße Truppen sehr zweifelhaft sei. Der militärische Mitarbeiter der „Post“ muß aber die schwarze Gefahr möglichst drastisch schildern, damit eine Unterlage geschaffen wird für seine Forderung einer neuen Heeresvermehrung. Er verlangt nämlich:

„Die lückenlose Wehrhafthaltung unseres Volkes ist nur bei möglichster Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu erreichen. Je nach der körperlichen Beschaffenheit und je nach dem Bedarf, unter Einreihung der Wehrfähigen entweder in die aktive Armee, oder in die militärisch auszubildende Ersatzreserve.“

Die übrigens von der Heeresverwaltung abgelehnte militärische Ausbildung der Ersatzreserve würde eine bedeutende Vermehrung des militärischen Ausbildungspersonals bedingen. Insbesondere müßten mehr Offiziersstellen geschaffen werden und das hätte eine weitere Verbesserung des Avancements zur Folge. Von diesem Wunsch scheint die Schwarzseherei der „Post“ wesentlich beeinflußt worden zu sein.

Um die Jesuiten.

Verschiedene Blätter wollten erfahren haben, daß der Bundesrat vom Reichsjustizamt ein Gutachten in der Jesuitenfrage eingefordert habe. Dies wird nun offiziös bestritten. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts ist zwar Vorsitzender des Justizausschusses des Bundesrats, dem der bayerische Antrag auf Interpretation des § 3 des Jesuitengesetzes zugegangen ist. Aber aus staatsrechtlichen Gründen können der Staatssekretär oder das Reichsjustizamt dem Bundesrat kein Gutachten erstatten, vielmehr ausschließlich dem Reichskanzler. Der Bundesrat wird sich also lediglich mit dem Beschluß seines Justizausschusses zu befassen haben.

Ein Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes ist dem Bundesrat noch nicht zugegangen; die bayerische Zentrumspresse meldet, daß die bayerische Regierung einen solchen Antrag nicht stellen werde. Man bringt von anderer Seite dieses Verhalten der Regierung damit in Zusammenhang, daß die sächsische Regierung es abgelehnt haben soll, einen solchen Antrag zu unterstützen. Wie dem „Berliner Tageblatt“ nun aus München berichtet wird, wollen die bayerischen Bischöfe die Aufhebung des Jesuitengesetzes beim Bundesrat beantragen. Man darf annehmen, daß der Bundesrat den Antrag ablehnen wird. Für das Zentrum ist dann, wenn die Ablehnung durch den Bundesrat feststeht, die Zeit gekommen, einen solchen Antrag im Reichstag zu stellen. Mit der Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes ist dem Zentrum aus agitatorischen Gründen weit mehr gedient, als wie mit seiner Aufhebung. Wie man die Massen mit der Jesuitenfrage fanatisieren kann, das hat sich auf dem Aachener Katholikentage wieder klar erwiesen, diesen Fanatismus braucht aber das Zentrum zur Besorgung seiner politischen Geschäfte und zum Zusammenhalt seiner auseinanderstrebenden Wählermassen. Es ist schon richtig so, die Regierung könnte dem Zentrum nicht besser den Wind aus den Segeln nehmen, als wenn sie der Aufhebung des Jesuitengesetzes zustimmen würde.

Der Schrei nach dem Zuchthausgesetz.

Die reaktionäre Preßmeute ist außer sich vor Zorn und Schmerz darüber, daß die Mitteilung, wonach die sächsische Regierung im Bundesrat ein Zuchthausgesetz beantragt habe, sich nicht bewahrheitet hat. In der „Deutschen Tageszeitung“ nimmt Herr Dr. Oertel höchstselbst das Wort, um im Schulmeisterton die sächsische Regierung der Unterlassungssünde zu zeihen. Auf die Auslassung einer Korrespondenz, daß im Reichstag für ein solches Gesetz keine Mehrheit vorhanden sei, antwortet das agrarische Blatt:

„Eine Regierung würde pflichtwidrig handeln, wenn sie eine von ihr für notwendig gehaltene Maßnahme lediglich deshalb unterlassen wollte, weil der Reichstag ihr seine Zustimmung versagen würde. Die Reichsregierung muß, wenn sie die Notwendigkeit eines gesetzlichen Vorgehens erkannt hat, den Reichstag vor die Frage stellen, ob er seinerseits die Verantwortung übernehmen will, ein notwendiges Gesetz abzulehnen. Daß die Reichsregierung bisher die geltenden Bestimmungen für ausreichend hielt, ist richtig. Aber schon der Staatssekretär Delbrück hat angedeutet, daß man möglicherweise gezwungen sein werde, die Persönlichkeit stärker gegen die Übermacht der Organisation zu schützen. Inzwischen haben aber nicht nur die Körperschaften des Handwerkes, sondern auch eine Reihe von Handelskammern und sogar Organisationen des Hansabundes die Notwendigkeit eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen betont und insbesondere auch ein Verbot des Streikpostenstehens gefordert. Unseres Erachtens kann die Regierung an diesen Forderungen nicht vorübergehen.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, ein Scharfmacherblatt der obskursten Art, blasen selbstredend in das gleiche Horn, indem sie bemerken:

„Daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, um das Uebel zu bekämpfen, zeigt die Tatsache, daß es als Massenerscheinung bei jedem größeren Arbeitskampfe auftritt. Der eindringlichen Sprache dieser Tatsache haben sich selbst Körperschaften wie der Hansabund und sehr liberale Handelskammern nicht verschließen können. Es wird in den obigen Ausführungen auch übersehen, daß namentlich seit den Erfahrungen bei dem letzten Kohlenbergarbeiterstreik in der Beurteilung dieser Frage bei dem Zentrum und demgemäß in der bayerischen Regierung ein recht erheblicher Meinungsumschwung stattgefunden hat. Wir können also die Aussichten einer entsprechenden Vorlage bei Bundesrat und Reichstag keineswegs so ungünstig beurteilen. Worauf es ankommt, ist nur, daß der wieder einmal von des Gedankens Blässe beherrschte Reichskanzler seinen Widerspruch fallen läßt.“

„Post“ und „Kreuzzeitung“ äußern sich ähnlich; soviel steht fest, daß der Plan, die Regierung zur Einbringung eines Zuchthausgesetzes zu drängen, sorgfältig vorbereitet ist und bei der Unberechenbarkeit der Leute, die heute in Preußen-Deutschland Staatsmänner mimen, darf die drohende Gefahr keinesfalls unterschätzt werden.

Pfäffische Gemeinheit.

Der von Pfaffen für Pfaffen zurechtgemachte „Reichsbote“ läßt in seiner Schreibweise von christlicher Duldung und christlicher Wahrhaftigkeit absolut nichts erkennen. Insbesondere gegen die Sozialdemokratie kämpft dieses Pfaffenblatt mit einer Perfidie, die selbst vom Reichsverband noch nicht erreicht worden ist — und das will gewiß etwas heißen. Dieses Blatt, das man eigentlich nur mit Handschuhen anfassen sollte, um sich die Finger nicht zu

beschmutzen, leistet sich in seiner Nr. 192 vom Sonnabend, dem 17. August folgende bodenlose Gemeinheit:

„Wiederholt ist festgestellt worden, daß die Sozialdemokratie, oder gar ihre sie diktatorisch beherrschenden Ausnutzer, nicht entfernt ein tatsächliches Recht haben, sich als Vertreter des „vierten Standes" aufzuspielen. Daß sie den fünften „Stand" die Landstreicher, Alkoholiker und die Schar der Verkommenen, der aus dem volksorganischen Massiv durch Rechtsspruch Ausgeschiedenen, ziemlich vollzählig gewonnen haben, wird dagegen kaum zu bestreiten sein."

Der Verfasser dieser Unverschämtheit ist entweder ein Narr oder er befand sich, als er den Artikel schrieb, in einem durch Alkohol verursachten Zustand der Unzurechnungsfähigkeit. Vor Jahrzehnten haben es ja bürgerliche Giftpflanzen öfter versucht, die Sozialdemokratie als eine Rotte verkommener Subjekte hinzustellen, aber eine Partei von der Größe und Bedeutung, die die Sozialdemokratie heute errungen hat, in dieser Weise, wie es der „Reichsbote" tut, zu beschimpfen, dessen ist nur ein sich seiner Ohnmacht bewußtes Pfaffengemüt fähig.

Staatserhaltende Sektgelage auf Gemeindekosten.

Bei der letzten Stadtverordnetenwahl in der westfälischen Kreisstadt Minden wurden zum erstenmal sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt. Sie konnten aber ihr Amt nicht antreten, weil man nun mit einem Male „entdeckte", daß die bisher stets übliche Ausschreibung der Wahl nicht den gesetzlichen Vorschriften entspreche. Bei der nun „richtig" ausgeschriebenen Wahl siegten die gemeinsamen bürgerlichen Gegner auf Grund eines mit beispiellosen Mitteln geführten Wahlkampfes mit winziger Mehrheit.

Daß die Herren im Mindener Rathause Ursache haben, die Anwesenheit einiger sozialdemokratischer Hechte in ihrem Karpfenteiche zu scheuen, das läßt sich nach den Mitteilungen begreifen, die in der jüngsten Sitzung notgedrungen gemacht werden mußten. Der sozialdemokratische Wahlverein Minden-Lübbecke hatte die Anfrage gestellt, was die Stadt zu tun gedenke, um die Überschreitung ihrer Befugnisse zu ahnden, die sich eine Anzahl Stadtverordneter bei dem letzten Schützenfeste anläßlich des sog. Königsessens durch die Ausgabe von Sektgutscheinen erlaubt hat.

Der stellvertretende Stadtverordneten-Vorsteher Rechtsanwalt v. Borries bestritt zunächst dem sozialdemokratischen Verein die „Legitimation" zu der Anfrage. Er mußte aber im übrigen zugeben, daß mit den im Etat als „Ausgaben für das Freischießen" festgelegten Mitteln auf Kosten der Allgemeinheit seit Jahren unerhörter Mißbrauch getrieben worden ist. Zu dem Schützen-Festessen ladet die Stadt stets etwa hundert Ehrengäste ein. Nur die Mitglieder der städtischen Kollegien zahlen je 10 Mk. für die Teilnahme. Auf jedem Platz eines städtischen Vertreters liegen Freibons für Wein und Sekt, die von diesem auszufüllen sind und nachher von der Stadtkasse eingelöst werden. Wie nun festgestellt worden ist, hat eine Anzahl Stadtverordneter — wohl der vierte Teil — das „übliche Maß" ganz bedeutend überschritten, so daß die einzelnen Bons bis zu 14, 17, 20, 30, ja 35 Flaschen Sekt ausgestellt haben. Die Sache ist untersucht worden. Man hat „angenommen", daß die Schuldigen „in gutem Glauben an einen tatsächlich nicht bestehenden allgemeinen (!) Brauch" gehandelt haben. Wie Herr v. Borries weiter mitteilte, ist den Herren kein Zweifel darüber gelassen worden, daß ihr Vorgehen als ein grober Unfug zu bezeichnen sei. Die Herren sahen sich genötigt, einen entsprechenden Betrag an die Stadtkasse zurückzuzahlen. — Damit ist die Sache erledigt. Die Herren, die in eklatanter Weise gezeigt haben, daß ihnen die zu ihrem Amte unentbehrlichen Qualitäten durchaus fehlen, bleiben im Stadtverordneten-Kollegium, und die Arbeitervertreter bleiben draußen — wenigstens bis zur nächsten Wahl.

Zentrum und Polen

waren bisher, wie das bei der gemeinsamen katholischen Konfession nur natürlich ist, eng befreundet. Die Polen fanden ihre stärkste Stütze beim Zentrum und sie vergalten die Hilfe durch treue Anhänglichkeit. Unter dem Einfluß des konservativ-klerikalen Bündnisses hat sich diese Freundschaft gelockert. In Oberschlesien kommt aber noch dazu, daß dort Polen und Zentrum bei den Wahlen in scharfer Konkurrenz miteinander stehen. Das veränderte Verhältnis zwischen Zentrum und Polen kommt jetzt scharf zum Ausdruck bei einer Landtagsersatzwahl im Kreise Oppeln.

Dort sind bei den Landtagswahlen vor vier Jahren Polen und Zentrum gemeinsam vorgegangen. Gegen die Konservativen, deren Kandidaten mit 239 bezw. 321 Stimmen unterlagen, wurden mit 286 bezw. 294 Stimmen als Kompromißkandidaten der polnische Priester Kapitza und das Zentrumsmitglied, Rechtsanwalt Wodarz, gewählt. Abg. Kapitza hat bekanntlich vor kurzem wegen seines Konflikts mit der Polenpartei sein Mandat niedergelegt. Für die Ersatzwahl wurde von den Polen der frühere schlesische Gymnasiallehrer Prof. Dr. Stanislaus Karnowski, der jetzt Führer der Polen in der Posener Stadtverordnetenversammlung ist, als Landtagskandidat aufgestellt. Das Zentrum hat aber für die Ersatzwahl die Unterstützung der Polen abgelehnt.

Mit Zustimmung des Wahlkreiskomitees legte nunmehr Justizrat Wodarz, Oppeln, ebenfalls sein Landtagsmandat nieder, und es tritt der erst für die nächste Landtagswahl beabsichtigte Kompromiß des Zentrums mit dem deutschen Wahlverein sofort in Kraft. Wodarz wird wiederum als Zentrumskandidat aufgestellt. Es erscheint sicher, daß die Polen jetzt unterliegen und ihr Mandat verlieren.

Von den Reichsfinanzen.

Die Reichseinnahmen sind im Juli ds. Js. wenig günstig, wenn auch etwas besser als in den vorhergehenden Monaten gewesen. Die Gesamteinnahme seit Beginn des laufenden Etatsjahres stellt sich auf 541,39 Millionen Mark. Nach dem Voranschlag würde auf vier Monate des Etatsjahres ein Betrag von 539 Millionen Mark entfallen; die tatsächliche Einnahme steht also nur um etwas über zwei Millionen Mark über dem Etatsanschlag. Dieser Überschuß ist außerordentlich gering und verliert vollkommen an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß der Juli einer der günstigsten Monate für die Reichseinnahmen zu sein pflegt. Im Vergleich zum Juli 1911 ist bei einer ganzen Reihe von Einnahmequellen sogar ein erheblicher Rückgang der Einnahmen zu verzeichnen. Vor allem gilt dies von den Zöllen, die bisher nur 240,44 Millionen Mark eingebracht haben, während im Vorjahre Ende Juli ihre Einnahme bereits eine Höhe von 270,5 Millionen Mark erreicht hatte. Es ist also ein Mindererertrag von über 30 Millionen Mark gegen 1911 vorhanden. Die bisherigen Gesamteinnahmen dieses Jahres stehen ebenfalls erheblich hinter denen des Vorjahres zurück, die Ende Juli 1911 564,4 Millionen Mark gegen 541,4 Millionen Mark in diesem Jahre betrugen.

Sächsische Scharfmacher.

Der Ausschuß des Verbandes sächsischer Industriellen tritt am 5. September in Dresden zu einer Sitzung zusammen, in der an erster Stelle die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften verhandelt wird. Referent hierzu ist der Oberverwaltungsgerichtsrat Blüher-Dresden, einstens nationalliberaler Reichstagskandidat für den Wahlkreis Freiberg. Auch der Reichstagsabgeordnete a.D.", Dr. Stresemann, wird an den Verhandlungen teilnehmen.

Eine Kapuzinerpredigt gegen die Sozialdemokratie.

In der „Kreuzzeitung" stellt, dem Tone nach, ein Geistlicher Betrachtungen an über die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Es sei ein Riesenirrtum, anzunehmen, daß die Masse der sozialdemokratischen Anhänger sich von ihr abwenden und die Sozialdemokratie an Einfluß verlieren würde. Wer einmal der Sozialdemokratie den kleinen Finger gereicht habe, den lasse sie nicht mehr los. Aus diesem Grunde genügt es nicht, den Kampf gegen die Sozialdemokratie lediglich mit geistigen Waffen zu führen. Schon oft sei die Sozialdemokratie wissenschaftlich „widerlegt" worden, ohne daß diese Widerlegung den geringsten Einfluß auf ihre Anhänger ausgeübt habe.

Drei Möglichkeiten sieht dieser konservative Prediger für die wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie: Erhalten und Ausbauen der festen Grundlagen und Stützen des Staates, Abwehrung der Angriffe und schließlich Übergang zum Angriff selbst. Was er über die ersten beiden Möglichkeiten sagt, sind olle Kamellen, schon hundertmal angewandt und ebenso oft erfolglos geblieben. Den Angriff denkt sich der konservative Stratege so:

„Es dürfte nicht gestattet werden, daß die Krankenkassen zu sozialdemokratischer Agitation mißbraucht werden. Die Vorschrift des § 354 Abs. 6, Satz 1 der Reichsversicherungsordnung müßte energisch angewendet werden. Die Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuchs über Aufreizung zum Klassenhaß, Majestätsbeleidigung, Landesverrat usw. dürften nicht in der Versenkung ruhen. Die Jugendvereine der Sozialdemokratie müßten aufgelöst, der Schutz der Arbeitswilligen durchgeführt und schließlich Mittel und Wege gefunden werden, um die sozialdemokratischen Organisationen und ihre Führer für die wirtschaftlichen Schädigungen der Unternehmer bei unberechtigten Streiks und dergl. auch finanziell — gegebenenfalls auch strafrechtlich — haftbar zu machen."

Weiter nichts! werden enttäuscht die konservativen Parteigenossen dieses Kämpfers vom Schlage der Oldenburg, Mirbach, Manteuffel usw. ausrufen, da sind von dieser Seite noch ganz andere Mittel vorgeschlagen worden und es ist noch nicht gelungen, die Sozialdemokratie zu vernichten. Auch dieser neue Prediger wider die rote Flut wird keinen besseren Erfolg haben.

Rußland.

Es gärt. Über Kronstadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Hierüber wird dem „Temps" gemeldet: Erst heute früh haben die Zeitungen die diesbezügliche Verordnung des Militärgouverneurs von Kronstadt, des Vizeadmirals Biron und des Kommandanten der Festung General Mikolensko veröffentlicht, obwohl die Verfügung bereits vom 14. August d. Js. datiert ist. Ihre Veröffentlichung ist offenbar durch die Ankunft des französischen Ministerpräsidenten auf dem Kreuzer „Conde" zurückgehalten worden. Die Ursache dieser unerwarteten Verfügung ist noch nicht bekannt und erregt allgemeines Aufsehen. Man muß annehmen, daß sie für die jetzt eingetroffenen russischen Kriegsschiffe, deren Mannschaften als höchst unsicher gelten, erlassen worden ist. Die von seiten der Behörden gegebenen Erklärungen sind so konfus, daß man aus ihnen nichts herleiten kann, doch scheint es, als wenn die Maßnahme als Vorsichtsmaßregel gegen den geplanten Aufstand der Mannschaften der Flotte getroffen worden ist.

Türkei.

Die albanischen Unruhen dauern trotz des von der Konstantinopeler Regierung bewiesenen Entgegenkommens noch immer an. Allerdings hat das Kabinett Mukhtar auch noch nicht alle Forderungen der Aufständischen bewilligt. Nach amtlichen Berichten aus el Kasan haben sich in der dortigen Gegend etwa 3000 Arnauten zusammengeschart, die beabsichtigen, in die Ortschaften einzudringen. Es sollen ihnen Truppen entgegengesandt werden. Auf Veranlassung der in Prischtina versammelten Arnautenführer hat Beiramzur, der mit bewaffneten Scharen in Uesküb eingedrungen war, den Befehl erhalten, sich sofort zurückzuziehen. Ibrahim Pascha ist von der Regierung beauftragt worden, den Führern der Arnauten mitzuteilen, ihre Forderung betreffend die Ableistung des Militärdienstes in der europäischen Türkei könne nicht angenommen werden, da die Annahme das Ansehen der Regierung gefährden würde. Ibrahim Pascha soll über diesen Punkt mit den Arnautenführern ein Einvernehmen zu erzielen versuchen.

Persien.

Die Russen wollen mit Gewalt Persien über den Schnabel nehmen. Russische Truppen befinden sich auf dem Vormarsch nach Persien; darüber wird amtlich gemeldet: Oberst Tolmatschew rückte aus Sudschbulak gegen Reiter des Hodschanodiali-Stammes vor und warf sie auf den Berg Koschedag zurück. Die Russen hatten zwei Tote und drei Verwundete. General Fidarow überfiel auf dem Bergrücken Sawolan unerwartet Schahsevennen, die der Abteilung des Obersten Tolmatschew gegenüber eine drohende Stellung einnahmen, und bemächtigte sich des ganzen Lagers. In der Umgegend von Akbulak warf eine russische Abteilung zweihundert Schahsewennen zurück, die einen russischen Vorposten von Akbulak abzuschneiden versuchten. Die Russen hatten fünf Tote, darunter einen Offizier, und einen Verwundeten. General Fidarow beabsichtigt, in der nächsten Zeit ein gemeinsames Vorgehen mit der Abteilung Tolmatschews gegen die Schahsewennen in nördlicher Richtung, wenn Tolmatschew die Hodschanodiali-Reiterei vollständig zerstreut haben wird.

China.

Nachrichten der Revolution. Unter dem Verdacht, eine Gegenrevolution geplant zu haben, wurden die Generäle Tschangtschengwu und Fangwei erschossen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 19. August.

Etwas von der „Luftflotte". In bürgerlichen Blättern lesen wir: „Das als Besatzung für das erste Luftschiff der Kaiserlichen Marine vorgesehene Personal hat, wie schon berichtet, fast dauernd an den großen Fahrten der Zeppelin-Fahrzeuge zu seiner Ausbildung teilgenommen. Die Schulung der Leute hat derartige Fortschritte gemacht, daß sie voraussichtlich in kürzester Zeit als Besatzung auf das von der Marineverwaltung zu kaufende Luftschiff kommandiert werden dürften. Da selbstredend noch geraume Zeit vergehen wird, bis Offiziere und Leute mit der Handhabung des Fahrzeuges durchaus vertraut sind, kann heute noch nicht bestimmt angegeben werden, wann das Luftschiff, voraussichtlich „Hansa", im Frontdienst zur Verwendung kommen wird. Die Besatzung soll dem Vernehmen nach aus 2—3 Seeoffizieren, einem Steuermann zur Unterstützung des Führers, einem Maschinisten zur Beaufsichtigung der Motore, mehreren Unteroffizieren vom Maschinenpersonal zur Bedienung der Motore und sonstigen technischen Einrichtungen, ferner aus einem Segelmacher und mehreren Matrosen und Heizern bestehen. Das Personal soll von den beiden Marinestationen der Ost- und Nordsee gestellt werden." Diese Mitteilung erinnert an einen Artikel: „Industrielle Kriegsbereitschaft" in Nr. 7 der Zeitschrift „Die Luftflotte". Man gewinnt beim Lesen des Artikels den Eindruck, als sei der Artikel im Auftrage einer neuen Sorte von Prozentpatrioten geschrieben, denen daran liegt, möglichst viel Flugzeuge beim Reich abzusetzen. Der Verfasser untersucht an Hand von willkürlich angenommenen Zahlen die Leistungsfähigkeit der deutschen Flugwerkzeuge gegenüber dem Verbrauch im Kriege. Wenn nach der Rechnung und den Vorschlägen dieser Herren verfahren werden sollte, reichen die vor kurzem bewilligten 650 Millionen der „Wehrvorlagen" nicht im entferntesten aus. Bei einer Mobilmachung von 100 Stück rechnet der Verfasser in der ersten Woche mit „Kleinholz" von 50 Apparaten. Weil aber das zu bunt aussieht, nimmt er 50 und 25 an. Gegenüber dem Verbrauch von 25 steht die Erzeugung der deutschen Werke mit höchstens 20 Stück die Woche. Wenn man dauernd mit 100 Flugzeugen im Felde rechnen will, einen Verbrauch von 50 Maschinen pro Woche hat und nur 20 Flugzeuge alle Woche durch die Industrie ersetzen kann, so muß man den Rest von 30 Maschinen aus aufgesammelten Beständen entnehmen. Pro Monat müßten also diese Bestände 120, während eines ganzen Feldzuges, der 6 Monate dauert, 720 Maschinen hergeben. So groß muß demnach der Vorrat sein. Für einen sechsmonatigen Feldzug braucht man also ein Lager von 720 Flugmaschinen. Im weiteren Verlauf ist der Verfasser so gnädig, 14 Tage Lebenszeit der Maschinen anzunehmen und nachzuweisen, daß bei einer Reserve von 100 Flugzeugen, die die Militärverwaltung auf Kammer zu halten hat, pro Armeekorps nur zwei Flugzeuge zur Verfügung stehen. „Immer kommt man auf Zahlen, die uns eine empfindliche Schwäche dieses Teils unserer Rüstung vor Augen führen." Sehr schwer für einen warmfühlenden Patrioten!

Des Pudels Kern kommt nach: Wie kann man diese Schwäche heben? „Man macht die heimische Industrie so leistungsfähig, daß sie den Ausfall im Kriege decken kann." Wer kann das bewerkstelligen? Weil wir keine Abnehmer im Auslande haben, nur — die Militärverwaltung. „Das Militär muß, um die Industrie auf ihre volle kriegsmäßige Leistung zu bringen, im Frieden bereits so viel Flugzeuge wie im Kriege verbrauchen." Und nun kommt ein Vorschlag, der einem vorkommt, als sei er von einem an Zerstörungswahn Leidenden gemacht. Es sollen Flugzeuge beim Militär zerschlagen werden, die Führer sollen in der Ausbildung soviel Bruch wie möglich machen, sie sollen auf teuer bezahlte Militärflugzeuge gesetzt werden, nicht auf die eine Schulmaschine der Fabrik, denn dadurch wird kein Verbrauch erzielt. Gewiß, es kostet Geld. Aber besser wir (soll heißen: ihr. Die Redaktion.) bezahlen jetzt eine große Kriegsversicherungsprämie, damit wir fette Profite machen, ach nein! nur, daß im Kriege nach Verlust all unserer Flugzeuge der alles sehende Gegner unsere blind gemachten Heere über den Haufen rennt. Jetzt bricht das Patriotenherz. Unterlassen kann es allerdings nicht, noch einmal zu betonen, es fehlt der Industrie nur an Absatz. „Und diesen muß der Staat auf sich nehmen." Also wieder eine Sorte, die aus den stets im Dalles sich befindenden Kassen gespickt werden will. Das große Interesse, das bei den Schauflügen zurage getreten ist, wollen die Fabrikanten in bares Geld gemünzt vor sich sehen. Allerdings hat die „Nationalspende" schon drei Millionen Mark gebracht, die sind aber für die Flieger bestimmt. Für die Profite der Industrie reichen auch die paar Millionen nicht aus, dafür muß ein Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler organisiert werden, dazu der ganze Brimborium. Man möge sich gefälligst an die wenden, die jahraus, jahrein durch Kriegsschiffs-, Kanonen-, Waffenbau, durch Wucherzölle, Liebesgaben, durch Pensionen bei voller Arbeitsfähigkeit das deutsche Volk um Milliarden schröpfen, damit sie aus diesen Mitteln Flugzeuge zur Verfügung stellen, die der Verfasser des Artikels und seine Gesinnungsgenossen zu „Bruch" zerschlagen können — aber die breiten Massen in Frieden lassen, die sowieso Nichtstuer, Couponabschneider und mancherlei andere, mit den ihnen vom Lohn und Brot abgeknapsten Groschen ernähren müssen. Aber Michel tue Geld in deinen Beutel, du mußt eine Luftflotte haben!

Die Heide blüht. Erika . . . welch entzückender Mädchenname! Wie etwas fein Abgetöntes, knospenhaft Zartes und doch wieder Abgeklärtes, Reifes klingt es aus ihm entgegen. Keine wilde Hummel, die wie ein Sprühteufelchen durch Feld und Wald tollt, darf Erika sein. Nur

eine sanfte Maid, die lieblich und still erblüht, dem Herzen eine wonnige Freude. Erika . . . so auch benannte Linné, der große Beherrscher im Reiche Floras, das schönste Blütenkind des Herbstes. Die Natur gleicht aus. Nichts gibt es, das nicht irgendwo und irgendwann ihren beglückenden Odem fühlt. Heide . . . endlos dürre, starre, todestraurige Heide! Und auch sie wird wachgeküßt vom Zaubermund der Natur . . . wenn der Sommer zur Neige gehen will, langsam schon die Blätter fallen und die ersten Herbstboten ungeduldig an die Weltentür klopfen. Ist ein Wunder geschehen über Nacht und Nebel? Die Heide blüht! Was des Wanderers Fuß sonst vorsichtig umgeht, dem Auge kein Wohlgefallen ist, schimmert mit einem Male im eigenartigsten Blütenmeer. In warmem, sattem Violett leuchtet die Ebene, wie ein Abglanz der Himmelspalette, der schönsten, reifesten Farbenspielart des Regenbogens. Milliarden zarter, winziger Blüten hat der Augusthauch geöffnet. Violett, mit Purpur gemischt, wohin das Auge blickt. Und Leben . . . summendes, surrendes Leben ist in die sonst so starre, dürre Heide eingekehrt. Schmetterlinge und Bienen haben sich auf ihr ein Stelldichein gegeben, tauchen wie im Sommerabschiedsrausch die feinen Rüssel in die süßschwangeren Blütenkelche, fliegen schwerbeladen zum Heim, hin und her, immer aufs neue in rastlosem Fleiß. Unzählige Heerscharen geflügelter Lebewesen nehmen freudetrunken ihren Tribut vom Tischtuch der Natur. Millionen der kleinen, stillen Zecher saugen sich am Blütenhonig zu Tode, bleiben auf der Strecke, werden die leichte Beute der gierigen Stärkeren. Würde die blühende Heide so wunderschön aussehen, wenn sie nicht auch Abwechselung böte im Farbenspiel? In der Lüneburger Heide habe ich sie staunend bewundert, die „Zypressen des Nordens", diese mächtigen, viele Meter hohen Wacholdersträuche, die sich hier wie schwere schwarzgrüne Säulen in das Heideblumenmeer hineinschieben. Und auch in der Umgegend Lübecks dehnt sich das Heidekraut in wunderbarer Üppigkeit, in prächtiger Gesamtwirkung. So verstand ich auch, wie der Strom der Ausflügler sich hingezogen fühlte nach dem einzigartigen Naturschauspiel des abschiednehmenden Sommers und aus aller Munde die Freude klang: die Heide blüht! Sie blüht schön und sehenswert. Man findet bei uns weite Heidekrautflächen, die das Auge entzücken können und uns erinnern an das Dichterwort:

Nur seine Zeit will jedes Ding,
Im Dunkel oder Sonnenschein;
Reift einen Sommer lang der Wein,
Tut's über Nacht ein Pfifferling.

Die Nerven der Zähne. Die eigentlichen Zähne bestehen aus dem sogenannten Dentin mit einer Umhüllung von Schmelz. Ob und wie sich die Nerven, die bei den Zähnen besonders gefürchtet sind und bei der Behandlung von Zahnschmerzen und Zahnkrankheiten immer die stärkste Rücksicht verlangen, auch in diesen festen Körper hineinerstrecken, ist eine Frage, die schwer zu entscheiden ist. Die massige Beschaffenheit der Zähne selbst macht es schwer oder praktisch unmöglich, eine Verzweigung der Nerven in diese Bestandteile hinein festzustellen. Die Meinungen der Sachverständigen über diese Frage sind daher bis auf den heutigen Tag geteilt geblieben, wenn auch die Mehrzahl der Ansicht zuneigt, daß wenigstens das Dentin von Nerven durchzogen wird und daher auch seinerseits zur Schmerzempfindlichkeit sehr wesentlich beiträgt. Professor Mummery von der Royal Society in London hat eine Untersuchung veröffentlicht, die es ihm unter Benutzung der neuesten Mittel der Histologie ermöglicht hat, den Bau und den Verlauf der Nerven in den Zähnen genauer zu verfolgen, als es bisher möglich gewesen ist. Danach kann es nun als erwiesen gelten, daß das Dentin der Zähne von der Wurzel her sogar sehr reichlich mit Nerven ausgestattet ist, die nun, wie bisher vermutet wurde, an dem inneren Rand des Dentins endigen, sondern in die Röhrchen dieses Gewebes eintreten. Sie durchsetzen das Dentin so vollkommen, daß sie erst dort ihr Ende finden, wo das Dentin an die Schmelzschicht grenzt. Mancher wird in diesem wissenschaftlichen Befund erst die rechte Erklärung für die Art von Zahnschmerzen finden, die er zu erdulden gehabt hat. In der Tat kommt man nach dem Sitz des Schmerzgefühls häufig nicht mit der Annahme aus, daß die Krankheit an der Wurzel sitzen müsse. Anderseits scheint die Natur insofern noch gnädig mit dem Menschen verfahren zu sein, als die Nerven im Dentin noch nicht den hohen Grad der Empfindlichkeit haben wie die tiefer sitzenden Stränge.

b. **Hansatheater.** In dem renovierten Varietee an der Moislinger Allee treten seit Sonnabend wieder Spezialitäten auf. Die Direktion hat mit dem neuen Programm eine recht glückliche Wahl getroffen. Anny Beel ist eine dänisch-deutsche Soubrette, die sich sehen lassen kann. Die Jolies im Exzentrik-Gesangs-Duo haben Rasse und Temperament. Staunen erregt der Kopfläufer Conrady, nicht minder aber auch seine außerordentlich starke Assistentin vom „schwachen" Geschlecht. Le Ballon gibt wunderbare Lichtreflexe, deren Mittelpunkt ein prächtiges Weib bildet. Hugo Bondi — der Humorist — versteht es meisterhaft, das Zwerchfell des Publikums in Erschütterung zu bringen. Frieda Bendix ist ein Rasselebeweib, die außerordentlich gefallen hat und Le Sauds, das amerikanische Akrobatenehepaar, bringen staunenswerte, in Lübeck noch nicht gezeigte Produktionen. Herr Leowiczs ist ein Sänger mit prächtigem Stimmorgan. Das gutbesetzte Haus spendete allen Nummern starken Beifall. Im Anschluß an die Vorstellung ist in dem mit Blumen und Schleifen dekorierten Foyer und im neu ausgestatteten Restaurationsraum ein Kabarett eingerichtet. Die dort auftretenden Künstler geben ihr Bestes.

Milchtransport. Das Polizeiamt macht bekannt: Auf allen Milchwagen, welche zur Abgabe von Milch aus Transportgefäßen auf der Straße eingerichtet sind, muß durch Schutzkapseln, die vor den Ausflußhähnen anzubringen sind, Vorkehrung getroffen sein, daß ein Beschmutzen der Ausflußöffnungen durch den von den Rädern hochgewirbelten Staub oder Schmutz verhindert wird. Übertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Die Verordnung tritt am 15. Oktober 1912 in Kraft.

Dänemarkfahrt des Luftschiffes „Hansa". Die Aeronautische Gesellschaft in Kopenhagen hat die Verhandlungen mit der Deutschen Luftschiffahrtsgesellschaft dahin abgeschlossen, daß das Zeppelinluftschiff „Hansa" am Sonntag, dem 8. September, nach Kopenhagen fahren wird. Es wird zur Bedingung gemacht, daß sich mindestens zehn Teilnehmer sowohl für die Hin- wie für die Rückfahrt melden. Der Preis für die einzelne Fahrt soll 400 Mk. betragen. Es ist beabsichtigt, die Fahrt nach Kopenhagen über Lübeck, Rostock, Gjedser und Möen und die Rückfahrt über Roskilde, Swendburg und Kiel auszuführen. Die Landung geschieht auf dem Kopenhagener Aerodrom, wo dem Luftschiff die genügende Zahl Soldaten zur Verfügung gestellt wird. Der Aufenthalt in Kopenhagen wird nur wenige Stunden dauern.

Die Not der Zeit. Im Monat Juli leisteten 20 Personen, darunter 2 weibliche, den Offenbarungseid vor dem hiesigen Amtsgericht.

pb. **Ein unredlicher Maler.** Anzeige erstattet wurde gegen einen bei einem hiesigen Malermeister seit einer Reihe von Jahren tätigen Arbeiter wegen Diebstahls. Bei einer bei ihm vorgenommenen Durchsuchung wurden seinem Meister gehörige Pinsel und Farben im Gesamtwerte von ca. 800 Mk. gefunden.

pb. **Und wenn er dann kein Leder hatt', so stahl er sich's dazu.** Einem in der Attendornstraße wohnhaften Schuhmachermeister ist eine halbe Haut Sohlenleder abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 17. d. Mts., nachmittags gegen 1 Uhr, ist vom Flur des alten Bahnhofsgebäudes ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 15001 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Auf der Glocke steht der Name: „Bade, Mühlenbrücke".

pb. **Verhaftung.** Festgenommen wurde in Schlutup ein Fischergehilfe, der einen am Hochofenwerk tätigen Schornsteinmaurer mittelst eines Taschenmessers schwer mißhandelt hat.

Eutin. Die Mittwoch abgehaltene Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins nahm nach dem Vortrage des Gen. Borchert folgende Stellung ein: Bezüglich des Stichwahlabkommens war man der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn solches nicht stattgefunden hätte. Betreffs der Reorganisation unseres Statuts wurde die Anschauung vertreten, den Parteivorstand durch Beiräte, welche von Groß-Berlin gestellt werden müßten, zu verstärken; gegen einen Parteiausschuß sprach man sich aus. Ebenso wünschte man die Rechte der Fraktionsmitglieder nicht zu beschränken. Was den Beitrag anlangt, wurde ein Antrag, welcher einen Wochenbeitrag für männliche Mitglieder von 10 Pfg., für weibliche von 5 Pfg. forderte, einstimmig angenommen. Auf der am 25. August in Rensefeld stattfindenden Kreis-Generalversammlung wird Eutin durch Gen. Borchert vertreten sein. Beschlossen wurde ferner, eine Kommission von drei Genossen hat zur nächsten Versammlung im September Vorschläge von Genossen zu Stadtrats-Kandidaten der Versammlung vorzulegen.

Plön. Die Parteibewegung im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis hat sich nach dem soeben erstatteten Jahresbericht für 1911 folgendermaßen gestaltet: Die Organisation hat sich weiter entwickelt. Die Mitgliederzahl stieg von 500 auf 534, der der männlichen von 472 auf 501, die der weiblichen von 28 auf 33. Die einzelnen Orte hatten Mitglieder: Segeberg 124, Rethwischfeld-Pölitz 81, Reinfeld 44, Wankendorf 43, Plön 52, Neustadt 117, Heiligenhafen 9, Burg a. F. 57, ferner waren 7 Einzelmitglieder vorhanden. Die Finanzen des Kreises stehen wie folgt: Die Einnahmen beliefen sich auf 3554,86 Mk., die Ausgaben auf 3449,50 Mk., so daß ein Kassenbestand von 105,36 Mk. verbleibt. Die Parteipresse ist im 9. Kreise folgendermaßen verbreitet: Abonnenten zählen: „Volks-Zeitung" 358, „Gleichheit" 15, „Wahre Jacob" 333. An den Abendveranstaltungen der Maifeier beteiligten sich etwa 380 Genossen und Genossinnen. Die Lokalfrage bereitet noch immer viele Schwierigkeiten, was sich besonders bei der Reichstagswahl zeigte. Zurzeit stehen der Partei fünf große und vier kleine Lokale, außerdem drei andere Räume und drei freie Plätze zur Verfügung. Die Landagitation wurde auch im vergangenen Jahre wieder eifrig betrieben. Die „Landpost" wurde zweimal verbreitet, die Zahl der Postabonnenten der „Landpost" beträgt 2061, ist aber gegen das Vorjahr wieder um 300 gestiegen. Auch hat der Landarbeiterverband eine ziemliche Anzahl von Mitgliedern gewonnen. Die Reichstagswahl brachte unserm Kandidaten, dem Genossen Weinheber 4313 Stimmen, gegen 3707 bei der Wahl im Jahre 1907. Die Gegner erhielten zusammen 15348 Stimmen. In der Stichwahl verhalfen wir bekanntlich dem Fortschrittler Dr. Struve zum Siege gegen den Konservativen Dr. Roesicke. Zur Reichstagswahl fanden 23 öffentliche Versammlungen statt, davon vier auf dem Lande, zum Teil in Gegenden, wo es uns sonst nie möglich gewesen war, zu den Wählern zu sprechen. Die Kosten der Wahlagitation betrugen 5483,23 Mk. Zur allgemeinen Agitation wurden insgesamt 121872 Flugblätter und Broschüren verteilt. Außer den Versammlungen zur Reichstagswahl fanden auch 13 öffentliche und 91 Mitgliederversammlungen statt.

Hamburg. Kaidirektor Winter-Hamburg vor Gericht. Ein Sozialistentöter, der Kaidirektor Paul Winter in Hamburg, mußte sich Freitag wegen seiner schier unglaublichen sozialistentöterischen Äußerungen vor der vierten Ferienstrafkammer des Landgerichts Berlin I zeugeneidlich erklären. Direktor Winter, Antisemit und Mitglied des mit dem Antisemitismus eng verwandten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, hatte den Kaiarbeitern Nossig und Frank in einer von ihnen nachgesuchten Audienz erklärt: „Er müsse sie entlassen, da sie den zum Verbande der Gelben gehörenden Kaiarbeiter Löwenstein seiner Verbandsangehörigkeit wegen belästigt haben. Er duide Anhänger der Umsturzpartei nicht im Staatsbetriebe. Nossig und Frank bestritten mit großer Entschiedenheit die Behauptungen Löwensteins und baten, ihm gegenübergestellt zu werden. Direktor Winter lehnte das ab mit dem Bemerken: Er müsse bei seinem Entschlusse, die Arbeiter zu entlassen, bleiben, zumal ihm mitgeteilt worden sei, daß sie als Mitglieder des Arbeiterausschusses seiner vorgesetzten Behörde, der Deputation für Handel, Gewerbe und Schiffahrt, einen falschen Bericht erstattet haben. Nossig und Frank bestritten das ebenfalls und erboten sich, den Wahrheitsbeweis zu führen. Winter lehnte jedoch jede weitere Unterredung mit dem Bemerken ab: „Ich will zugeben, daß ich die Arbeiterbewegung nicht aufhalten kann. Aber hier im Staatskaibetrieb, wo ich die Macht in Händen habe, werde ich sie bekämpfen, solange ich lebe und ich werde dabei vor keinem Mittel zurückschrecken." Die Genossen Nossig und Frank haben diesen Vorgang mit entsprechenden Randglossen im „Hamburger Echo" und in Gewerkschaftsblättern veröffentlicht. Der „Courier", Zentralorgan des Transportarbeiterverbandes, hatte dies in Nr. 51 vom 17. Dezember 1911 mit der Überschrift abgedruckt: „Die Arbeiterbewegung in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf, sagt ein bekanntes Sprichwort." Am Schluß der Artikels wurde von Mistkäfer und Gesindel gesprochen. Die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe stellte deshalb, als vorgesetzte Behörde des Direktors Winter, gegen den verantwortlichen Redakteur des „Courier", Genossen Karl Millhahn Strafantrag. Direktor Winter gab als Zeuge zu, daß er sich dem Sinne nach so geäußert habe, wie in dem Artikel angegeben sei. Staatsanwalt Dr. Lehmann führte zur Begründung der Anklage aus: Es liege jedenfalls eine unerhörte schwere Beleidigung gegen einen Staatsbeamten vor, der im Bewußtsein seiner Amtspflicht gehandelt habe. Es müsse daher eine strenge Bestrafung eintreten. Er beantrage eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine erklärte in seinem Plaidoyer: Der Herr Staatsanwalt irrt, wenn er behauptet, Herr Winter habe im Bewußtsein seiner Amtspflicht gehandelt. Der Herr Kaidirektor hat sich durch den inkriminierten Artikel beleidigt gefühlt und mußte heute unter seinem Eide zugeben, daß er sich, bis auf einige unwesentliche Unrichtigkeiten, tatsächlich so geäußert hat. Wenn irgend ein Tischlermeister ein ähnliches Verhalten seinen Arbeitern gegenüber beobachtet, dann ist das gewiß von jedem rechtlich denkenden Menschen zu verurteilen. Schließlich ist dieser Tischlermeister aber nur Privatmann. Der Vorsteher eines Staatsbetriebes ist aber nicht berechtigt, nach der politischen Parteistellung oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit der im Staatsbetriebe beschäftigten Arbeiter zu fragen. Zum mindesten ist er verpflichtet, Gerechtigkeit zu üben. Es verletzt jedes Gerechtigkeitsgefühl, wenn der Herr Kaidirektor auf Denunziation eines vielfach bestraften Menschen, vor dessen Einstellung ausdrücklich gewarnt worden ist, zwei alte Arbeiter entlassen hat. Das ist geradezu ein gemeingefährliches Verfahren. Dadurch wird dem Arbeiter vor Augen geführt, daß in den Staatsbetrieben keine Gerechtigkeit herrscht. Durch ein derartiges Verfahren wird den Arbeitern zum Bewußtsein gebracht, daß sie rechtlos seien. Die Arbeiter Nossig und Frank waren Mitglieder des durch Reichsgesetz eingesetzten Arbeiterausschusses und hatten als solche das Beschwerderecht bei der vorgesetzten Behörde des Kaidirektors. Bei Beurteilung des Artikels muß in Betracht gezogen werden, daß die Arbeiter über ihre Entrechtung und grundlose plötzliche Arbeitsentlassung mit vollem Recht erregt waren. Der Herr Kaidirektor kann sich doch auch nicht beklagen, wenn es aus dem Walde herausschallt, wie er hineingerufen hat.

Wilhelmshaven. Die Arbeiter der kaiserlichen Werft unter Polizeiaufsicht. Daß die Verwaltung der Kaiserlichen Werft in der Arbeitsordnung vorschreibt, daß „sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder der Arbeiter untereinander stören wollen", nicht geduldet werden, ist zwar eine Unverfrorenheit, denn die sozialdemokratische Bevölkerung des Reiches muß zu den Lasten der Marine genau so beitragen, wie der übrige Teil der Bevölkerung, aber wie heute die Machtverhältnisse im Staate liegen, nehmen solche Bestimmungen weiter nicht wunder. Mit allem Nachdruck muß indessen gegen ein Verfahren der Werftverwaltung Einspruch erhoben werden, das die Arbeiter auf eine Stufe stellt mit Verbrechern, die unter Polizeiaufsicht stehen. Die Werftverwaltung stellt die Arbeiter zunächst probeweise ein. In der vierwöchentlichen Probezeit zieht die Verwaltung durch die Polizei Erkundigungen über die Arbeiter ein, und wenn die Recherchen eines Schutzmannes oder eines anderen behördlichen Organes ungünstig für den Eingestellten lauten, dann wird der Mann, ohne gehört zu werden und ohne Gelegenheit zu haben, auf die Beschuldigungen des Recherchenrs zu antworten, einfach entlassen. Wir sind in der Lage, nachstehend die Aktenstücke über einen solchen Fall zu veröffentlichen: Die Werftverwaltung richtete an den Gemeindevorstand Achtelbur, Kreis Aurich, die übliche Aufforderung, polizeiliche Auskunft über einen bei der Werft eingestellten Arbeiter zu geben. Der Gemeindevorstand antwortete:

„p. p. S . . . . ist noch unbestraft, aber ein frecher, widerlicher Mensch. Vor seiner Militärzeit hat er hier sozialdemokratische Flugblätter verbreitet. Um den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern zu stören, ist er wohl zu dumm, sonst würde er es jedenfalls tun.

gez.: Holstein, Gemeindevorst."

Auf Grund dieses skandalösen „Leumundszeugnisses" ging die Werftverwaltung gegen den Arbeiter vor. Sie übersandte den Uriasbrief dem Oberwerftdirektor Kontreadmiral v. Eckermann mit folgenden Bemerkungen:

„Nach anliegender polizeilicher Mitteilung hat S . . . für die sozialdemokratische Partei agitiert. Es wird daher vorgeschlagen, ihn gemäß § 1 Ziffer o) der Arbeitsordnung unter Innehaltung der 14tägigen Kündigungsfrist zu entlassen, zumal auch die sonstige Auskunft über ihn ungünstig ist.

gez. Zöllner."

Der Oberwerftdirektor war indessen milde gestimmt und konnte sich nicht ohne weiteres dazu verstehen, den von dem Gemeindevorsteher in Achtelbur so gehässig charakterisierten Arbeiter auf die Straße zu setzen. Er richtete an das Arbeiteramt der Werftverwaltung zunächst die weitere Frage:

„Wie sind seine Vorgesetzten mit S . . . zufrieden? Das Verteilen von Flugblättern liegt lange Zeit zurück. An sich kann man das wohl nicht unter allen Umständen als Agitation auffassen.

gez. Eckermann."

Darauf ging von der Bauabteilung Helgoland, bei der S . . . in Arbeit stand, die nachstehende Auskunft ein:

„S . . . ist ein tüchtiger und ruhiger Arbeiter, der sich bisher vor seinen Mitarbeitern nur auszeichnete. Die Bauabteilung Helgoland hat daher keinen Grund, ihn zu entlassen.

gez. Eckert."

Gestützt auf dieses Zeugnis der unmittelbaren Vorgesetzten des verdächtigen Arbeiters entschied dann der Oberwerftdirektor, daß S . . . in Arbeit bleiben könne. — Wenn nicht zufällig mehrere Stellen sich für den Arbeiter verwandt hätten, wäre er ohne Gnade auf die Straße geflogen, behaftet mit den geheimen polizeilichen Verdächtigungen. Der Reichstag wird dafür zu sorgen haben, daß der Werftverwaltung derartige Recherchen über ihre Arbeiter untersagt werden, und den betroffenen Arbeitern ist dringend zu raten, gegen gewissenlose Polizeibehörden, die ihnen mit Zeugnissen, wie das vorstehende, die Existenz vernichten, im Klagewege vorzugehen.

Heide. Tödlicher Unfall. Die 41jährige Ehefrau des Scherenschleifers Möller in Kämpenberg stürzte vom Boden, ein großer Holzklotz stürzte hinterher und traf die Frau derart am Kopf, daß der sofortige Tod eintrat.

Stade. Eine exemplarische Strafe erhielt von der Ferienstrafkammer des hiesigen Landgerichts die schon mit 4½ Jahren Zuchthaus vorbestrafte Haushälterin Anna Krüger aus Harburg, die zwei noch völlig unbescholtene Mädchen eines Bahnarbeiters, bei dem sie den Haushalt führte, dazu verleitete, einem Uhrmacher in Harburg ein Kollier und im Hirschschen Warenhaus vier Portemonnaies zu stehlen. Während die Mädchen mit 3 und 10 Tagen Gefängnis davonkamen, erhielt die Anstifterin ein Jahr sechs Monate Zuchthaus.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:

Durch Schumann	1,—	Mk.
Schauerleute vom D. „Mignon"	1,—	„
„ „ „ „Fella"	1,15	„
„ „ „ „Szugerborg	1,85	„
Durch H. H.	10,—	„
Vom Verband der Bäcker	10,—	„

Der Jugendausschuß.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Georg Wendt
Hedwig Wendt
Vermählte. 2666
Berlin W., Steinmetzstr. 44.

Sonnabend vormittag entschlief plötzlich, uns allen unerwartet, am Gehirnschlag in seinem 49. Lebensjahre mein lieber guter Mann und treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Wilhelm Dankert.

Tiefbetrauert von allen, die ihm nahe standen.
Caroline Dankert, geb. Kähler, und Familie.
Vorwerk, Dorfstraße 35.
Beerdigung Dienstag 4½ Uhr vom Trauerhause aus. 2660

Sozialdemokratischer Verein Trems-Vorwerk.

Am Sonnabend verstarb plötzlich unser treuer Genosse

Wilhelm Dankert.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 4½ Uhr vom Trauerhause aus statt.
Sammelplatz der Genossen und Genossinnen 4¼ Uhr beim Trauerhause.
2662) **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Sonnabend, dem 17. August, starb unser Mitglied, der Kollege

Wilhelm Dankert.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 20. August, nachmittags 4½ Uhr, vom Sterbehause, Vorwerk, Dorfstraße 35, aus statt.
2671) **Die Ortsverwaltung.**

Freitag abend 9 Uhr entschlief sanft und ruhig, nach langem schwerem Leiden in seinem 20. Lebensjahre unser lieber hoffnungsvoller Sohn und Bruder

Carl J. M. Kellhagen

In tiefer Trauer (2661
August Wienke und Frau,
verw. Kellhagen, geb. Sager, und Kinder.
Lübeck, Schwartauer Allee 88 a.
Beerdigung Dienstag. Beginn der Feier 3¼ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Sonntag, dem 18. d. Mts., starb unser Kollege, der Schlosser

Karl Kellhagen.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 3¼ Uhr vom Vorwerker Friedhof aus statt.
Die Kollegen versammeln sich um 2¾ Uhr beim „Weißen Hirsch."
2669) **Die Ortsverwaltung.**

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit"

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

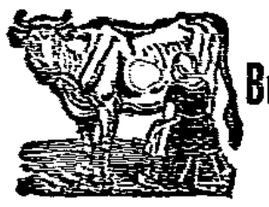
Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt")-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote". Johannisstr. 46.

Dr. Schlomer
von der Reise zurück. 2641



Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk. (2663

Hansa-Theater
Direktion: Gebr. Gollbach.
Telephon 610.
Heute abend 8½ Uhr.

Das große August-Programm.

Hugo Bondi
Humorist
Anny Beel
dänisch-deutsche Soubrette.
Le Vallon oder **Fata morgana**
elektr. Ausstattungsakt.

Nach der Vorstellung in den neu eingerichteten Räumen:

Kabarett.
Auftreten erstklassiger Künstler. 2665
Entree im Kabarett frei.
Vorverkauf bei Sager, Kohlm.
Jeden Sonntag von abends 7 Uhr ab: **Konzert.**

Neue Subskriptions-Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch **für nur 25 Pfennig**

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Carl Hagenbeck

Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erstehen von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erstaunlichen Erfolge Hagenbeckischer Tierdressur, die Löwen, Tiger, Bären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

80000 Exemplare bereits verkauft

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.

Auch für die **reife Jugend** bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, **wie es sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein **Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer „Brehm" liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von M. 6.— zu beziehen von der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Bestellschein Gefl. ausfüllen und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Unterzeichnete — bestellt hiedurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M.
nebst einer Einbanddecke für 76 Pf.
Wöchentlich ist eine Lieferung anzunehmen.
Dasselbe. Komplett in 1 Band für M. 6.—
(Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name und Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Eine die Verdauung regelnde, wohlschmeckende **Nahrung** für gesunde und magen- und darmkranke Säuglinge und blutarme Kinder.

Zu haben in Apotheken und Drogerien. 2386

Das beliebte

Zippendorfer Landbrot

ist nur echt, wenn 2664

A. Weiss Schutzmarke 121632

gestempelt ist.

Hauptniederlage Königstr. 98

sowie in verschiedenen Geschäften erhältlich.

Zippendorfer Brotfabrik.

Johs. Freuholz

Aparte Geschenke für alle Feste, **Geburtstage, Verlobung., Hochzeiten, Jubiläen etc.** Kegel- u. Schießpreise, **Sportprämien,** Vereinsgewinne, **Reise-Erinnerungen.** Stets Neuheiten für Luxus und Gebrauch. 2164

Bäckerstr. 53

Oeffentl. Versammlung

der selbständigen Schuhmacher Lübecks
am Dienstag, dem 20. August 1912, abends 8½ Uhr
im Gesellschaftshaus Monopol Johannisstr. 25

Tages-Ordnung:

1. **Die Notlage der Schuhmacher und ihre Ursache.**
2. **Wie verbinden wir uns, um diesem Übel abzuhelfen?**

2658) **Die Einberufer.**

Pflicht eines jeden Kollegen ist, zu erscheinen.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 193. Montag, den 19. August 1912. 19. Jahrg.

Unsere Organisation.

Nicht nur der glänzende Ausfall der Reichstagswahl hat das unaufhaltsame Wachstum unserer Partei dargetan, auch die Entwickelung der Organisation weist, was die Mitgliederzahl wie den inneren Ausbau anlangt, einen erfreulichen Fortschritt auf. Ist es auch nicht gelungen, den 4 Millionen sozialdemokratischen Reichstagswählern die erste Million organisierter Mitglieder der Partei zuzugesellen, so ist es der regen Werbetätigkeit der Parteigenossen doch gelungen, die Mitgliederzahl erheblich zu erhöhen. Die Kreisorganisationen zählten am 30. Juni d. J. 970 112 Mitglieder, darunter 130 371 weibliche. Da das Vorjahr mit einer Mitgliederzahl von 836 562, darunter 107 693 weibliche, abschloß, ist eine Steigerung von 15,9 Proz. zu verzeichnen, gegen 16,1 Proz. im Vorjahre. Die männlichen Mitglieder vermehrten sich um 15,2 Proz., die weiblichen um 21,0 Proz. Seit Schaffung der festen Vereinsorganisation entwickelte sich die Mitgliederzahl wie folgt:

	Mitgliederzahl	Steigerung
1906	384 327	—
1907	530 466	38,0 Proz.
1908	587 336	10,7 „
1909	633 309	7,8 „
1910	720 038	13,6 „
1911	836 562	16,1 „
1912	970 112	15,9 „

Wie die Mitglieder sich nach der Größe der Wahlkreis-Organisationen gruppieren, zeigt folgende Zusammenstellung:

Zahl der Wahlkreise	Mitglieder-Staffel	Mitgliederzahl	Prozent der gesamten Mitgliederzahl
119	Unter 300	13 205	1,36
38	301— 500	14 341	1,48
53	501— 1 000	37 692	3,89
37	1 101— 1 500	45 016	4,64
24	1 501— 2 000	41 267	4,25
17	2 001— 2 500	35 254	3,63
19	2 501— 3 000	51 561	5,33
14	3 001— 3 500	45 796	4,72
6	4 001— 4 500	22 332	2,30
12	4 001— 4 500	50 732	5,23
5	4 501— 5 000	23 716	2,45
7	5 001— 6 000	38 316	3,95
11	6 001— 7 000	71 047	7,33
5	7 001— 8 000	36 394	3,75
5	8 001— 9 000	32 853	3,39
5	9 001—10 000	47 247	4,87
4	10 001—12 000	33 821	3,49
2	12 001—14 000	26 418	2,72
3	14 001—16 000	45 122	4,65
0	16 001—18 000	—	—
5	18 001—20 000	73 363	7,56
1	21 001—25 000	20 218	2,08
1	25 001—30 000	25 267	2,60
3	30 001—35 000	96 512	9,95
1	40 001—45 000	42 532	4,38
397	Summa	970 112	100,—

Sechs Wahlkreisorganisationen zählen sonach bereits über 20 000 Mitglieder; Nürnberg 20 118, Berlin IV 25 267, Berlin VI 31 408, Leizig-Land 32 219, Teltow-Beeskow 32 895 und Hamburg III 42 532.

Von den 390 organisierten Wahlkreisen haben 316 eine Zunahme und 71 eine Abnahme an Mitdliedern zu verzeichnen, 3 blieben auf demselben Stand.

In den Bezirken ergibt sich bis auf Posen, Görlitz, Saargebiet und Meiningen, überall eine Steigerung der Mitgliederzahl, die im Bezirk Zwickau mit 40,9 Prozent und in Chemnitz mit 43 Proz. am stärksten war. Im Verhältnis zu der bei der letzten Reichstagswahl für die Partei erzielten Stimmenzahl weisen die nordwestlichen Bezirke den höchsten Prozentsatz Organisierter auf. An der Spitze steht Hamburg mit 44 Proz., dann folgt Lübeck mit 40,8 Proz. und Schleswig-Holstein mit 39,8 Proz., auch Nordwest mit Bremen weist 37,6 Proz. auf.

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise, die zum Bezirke gehören	Zahl der Ortsvereine	Mitgliederzahl der Parteiorganisation 1911 überhaupt	1911 weibliche	1912 überhaupt	1912 weibliche	Mitgliederzunahme oder Abnahme in Proz.	Auf 100 sozialdemokrat. Stimmen kommen Mitglieder
Ostpreußen	17	23	7 312	1 105	8 909	1 457	21,8	17,3
Westpreußen	13	47	3 583	670	3 768	805	5,2	13,3
Groß-Berlin	8	81	111 021	16 947	119 767	20 039	7,9	21,2
Brandenburg	18	202	25 540	2 810	29 086	3 305	13,9	17,9
Pommern	14	96	10 406	1 286	11 804	1 715	13,4	15,3
Posen	15	25	1 302	101	1 235	112	5,1	9,5
Breslau	13	63	17 270	2 321	19 610	2 944	13,0	21,9
Görlitz	6	65	8 204	1 320	7 325	1 036	10,7	14,6
Oberlangenbielau	7	57	11 517	2 225	12 625	2 596	9,6	21,8
Kattowitz	9	28	1 840	209	2 064	197	12,2	5,4
Magdeburg	8	116	21 411	3 660	24 054	4 220	12,3	20,7
Halle a. S.	8	157	20 248	3 698	25 432	3 775	25,6	23,2
Erfurt	4	46	5 757	831	7 368	1 085	28,0	18,3
Schleswig-Holstein	10	105	44 687	7 147	50 634	8 721	13,4	39,8
Hannover	12	166	30 193	4 731	31 346	4 767	3,8	23,7
Östliches Westfalen	9	118	10 755	633	12 176	844	13,2	25,5
Westliches Westfalen	8	119	21 247	4 460	21 750	4 586	2,4	15,3
Oberrhein	19	99	11 317	1 013	14 781	1 563	30,6	17,3
Niederrhein	14	85	36 067	5 628	40 932	6 387	13,5	15,3
Saargebiet	3	5	778	96	749	133	3,7	10,9
Frankfurt a. M.	11	222	23 211	2 675	26 899	3 180	15,9	23,9
Kassel	6	100	4 949	58	6 094	142	23,1	13,4
Nordbayern	21	306	40 357	2 850	44 673	3 327	10,7	29,9
Südbayern	21	117	25 439	2 291	28 899	2 564	13,7	23,1
Pfalz	6	138	9 822	419	11 856	1 225	20,7	20,9
Dresden	9	144	45 804	4 131	55 885	5 295	22,0	29,9
Chemnitz	7	234	25 256	1 451	36 128	3 405	43,0	24,1
Leipzig	4	107	37 011	5 821	41 171	6 078	11,2	35,2
Zwickau	3	76	12 456	2 300	17 466	3 273	40,9	24,9
Württemberg	18	338	27 766	1 589	36 150	2 679	30,2	23,5
Baden	14	226	19 098	1 371	21 017	1 897	10,0	17,9
Hessen	9	260	19 803	1 520	20 495	1 489	3,5	20,8
Mecklenburg	7	64	8 712	1 232	10 067	1 796	15,6	17,7
Thüringen I	5	125	6 417	563	8 004	712	24,7	16,2
„ II	3	80	9 712	1 439	11 402	1 590	17,4	29,8
Sachsen-Altenburg	1	39	5 757	747	6 719	803	16,7	31,4
Gotha	1	52	2 505	195	2 795	145	11,6	13,8
Oldenburg-Ostfriesland	5	47	7 889	1 327	8 810	1 502	11,7	25,9
Braunschweig	3	72	10 223	1 706	11 842	1 806	15,8	24,5
Sachsen-Meiningen	2	64	2 970	241	2 953	205	0,6	11,2
Anhalt	2	21	8 269	1 603	9 264	2 964	12,0	29,4
Hamburg	3	25	48 598	5 895	60 849	8 004	25,2	44,0
Nordwest	5	49	24 456	3 576	31 218	5 039	26,0	37,6
Lübeck	1	9	4 708	560	5 446	644	15,6	40,8
Elsaß-Lothringen	15	129	4 919	242	6 496	320	32,1	5,9
Zusammen	397	4827	836 562	107 693	970 112	130 371	15,9	22,8

Die Polnisch-sozialistische Partei (P. P. S.) hatte am 30. Juni 1912 eine Mitgliederzahl von 2060 gegen 2085 im Vorjahre.

Den im § 5 des Organisationsstatuts vorgeschriebenen Mindestbeitrag von monatlich 30 Pfg. für Männer und 15 Pfg. für Frauen haben für männliche Mitglieder drei Kreisorganisationen noch nicht und drei erst teilweise, für Frauen acht noch nicht und zwei nur teilweise durchgeführt.

Es zahlen über 70 Proz. aller männlichen Mitglieder einen Beitrag von 10 Pfg. pro Woche oder 40 Pfg. pro Monat und darüber, indes wird in über der Hälfte aller Wahlkreise ein niedrigerer Beitrag gezahlt.

Bezirks- und Landessekretäre sind zurzeit 49 angestellt. Von den Kreisorganisationen sind gegenwärtig 84 Sekretäre angestellt.

Bildungsausschüsse bestehen an 575, Jugendausschüsse an 574 und Kinderschutzkommissionen an 125 Orten.

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton von Perfall.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.

Johannes schämte sich. Er war gewiß der letzte, der ein Recht hatte, auf seine Sicherheit bedacht zu sein. Polentz sollte ihm nicht zürnen, die Ereignisse des Tages, dazu die Unglücksnachricht, die er eben vernommen, hatten ihn verwirrt. Er wollte gehen.

Polentz sah ihm, sichtlich mit einem Entschlusse ringend, nach. Dann hielt er ihn plötzlich unter der Türe noch auf.

„Pah, warum sollen Sie denn besser schlafen als ich? Mein Fritz empfahl sich nicht allein, seine Schwester ist auch dabei, Wanda — den dritten kenne ich nicht, Vigo wahrscheinlich!“

Johannes hielt sich an der Türschwelle fest und beugte das Haupt.

„Na, machen Sie sich nichts draus,“ fuhr Polentz höhnisch fort. „Wenn wir nur den Fechinger haben — das ist die Hauptsache. Gute Nacht, Kamerad.“

Der Bauer zuckte zusammen unter dem Handschlage, der seine Schulter traf. Aus diesem bleichen, verstörten Antlitze lachte die hoffnungslose Verzweiflung. Er mußte den Blick davor senken und verließ eilig das Kontor.

Seine Wohnung war leer. Seine Frau war wohl drüben bei Frau Polentz.

Als er zum Fenster hinausblickte, schien ihm der Nachthimmel in der Richtung gegen Fechingen noch immer sanft gerötet. Und „Judas — Judas!“ gröhlte wieder die furchtbare Stimme, und er fühlte den Griff des Wahnsinnigen an seinem Halse . . .

Die Bäuerin fand eine Stunde später Johannes vor dem Fenster am Boden liegen, schwer atmend, schmutzbesudelt. Auf ihre Anrufe gab er wilde, unzusammenhängende Antworten.

Eine wahre Schande! In einem so feinen Hause und betrunken wie ein Fuhrknecht!

7.

Wie es gekommen war, man wußte es nicht. Wie die Entladung eines lange schon drohenden Gewitters, wie ein alles vernichtender Sturz nach längerem, immer schneller werdendem Gleiten auf einer schiefen Ebene. Das ganze Stadtviertel war in Bewegung wie ein aufgestachelter Ameisenhaufen. Die verschiedensten Gerüchte gingen um, Wahres und Falsches mischend, völlig Getrenntes verbindend.

Die einen wußten von einer nächtlichen Flucht des Polentz unter Mitnahme aller Barbestände der Bank, andere von einem Selbstmorde in dem Augenblicke, in welchen er wegen Wechselfälschung verhaftet werden sollte. Auch der schreckliche Brand im nahen Fechingen, welchem das halbe Dorf zum Opfer fiel, warf von neuem seinen blutroten Schein über die erregte Menge.

Man erzählte sich haarsträubende Geschichten, in welchen der Agent des Polentz, der Johannes Altinger, die Hauptrolle spielte; von seine mKampfe mit einem Fechinger Bauern, den er ruiniert und in den Wahnsinn getrieben hatte, von seiner eiligen Flucht vor der erregten Bevölkerung, die ihm den Tod geschworen.

Nur eines stand fest. Ein ungeheurer Schwindel war aufgedeckt. Hinter diesen marmornen Palastwänden, von denen man sich seit Jahren hatte verführen lassen, gähnte eine furchtbare Leere.

Es war der erste Samstag im Quartal. An diesem Tage strömte sonst alles herbei zu den wunderbaren Goldquellen, um sich die Taschen zu füllen mit dem mühelos eingeheimsten Zins, dessen Höhe man zwar längst nicht mehr begriff, aber ruhig einsteckte, sich um die Erklärung und Rechtfertigung sorgfältig herumdrückend. Heute fanden die ersten Kunden das Bankhaus gesperrt, die Rolläden heruntergelassen. Zwei Gendarmen standen vor dem Eingange und wiesen die beunruhigten Frager kurz ab. Die Bank sei vom Gericht gesperrt. Auf alles weitere war keine Antwort zu erhalten.

Die Hauptmasse der Andrängenden bildete die Landbevölkerung, deren Ratlosigkeit eine vollkommene gewesen wäre, wenn sich nicht rasch städtische Elemente dazugesellt hätten, die es an Schüren und Aufhetzen der völlig entmutigten Leute nicht fehlen ließen.

Warum hatte man solange zugesehen, wenn der Mann wirklich ein Schwindler war?

Man erinnerte sich an die frühere Verbindung des Polentz mit dem allmächtigen Minister, Grafen Waradin, an die Grundsteinlegung der Kirche. Es sah ja gerade aus, als ob man da oben unter einer Decke mit ihm gearbeitet hätte. War er aber kein Schwindler, lag nur eine augenblickliche Geschäftskrise vor, warum dann auf diese Weise eingreifen, den Mann von vornherein unmöglich machen und dadurch Tausende schädigen?

Ein Name aber machte die Runde, lag auf allen Lippen, der Name Johannes Altinger. In ihm verkörperte sich seit Jahren gewissermaßen die Firma Polentz u. Altinger. Mit dem Johannes hatte man immer zu tun gehabt, er war überall zu sehen, wo es etwas zu handeln gab, er war der Vertrauensmann, der Bauer vom Wald, der Landsmann, der Standesgenosse; kein Gauner, wie sie genug als Unterhändler herumliefen, vor denen man sich die Taschen zuhielt, o nein, ein reicher, angesehener Mann, dem ein Minister sein Vertrauen geschenkt. Was wußte man denn von dem Polentz? Man kannte ihn draußen auf dem Lande nicht einmal vom Ansehen, hätte ihm auch nie das Vertrauen geschenkt. Gegen die Herrischen war man ja immer auf der Hut. Der junge Altinger, der eigentliche Teilhaber des Polentz, existierte überhaupt nicht für die Leute. Er war ein Tunichtgut, ein leichtes Bürschel, das in der Stadt herumlumpte und das Geld seines Schwiegervaters verputzte. Kein Mensch achtete auf ihn.

Der Johannes war der Mann, an den man sich zu halten hatte, nur der Johannes. Von ihm allein wollte man Rechenschaft, wenigstens sehen wollte man ihn. Man konnte und wollte es nicht glauben, daß man sich in dem Manne so schmählich betrogen.

Auf der Bühne, welcher dieser ganzen Komödie zur Aufführung diente, in dem großen Festsaale, war unterdes versammelt, was von der Familie noch übrig war, wohlbewacht von zwei Gendarmen, welche an der Tür standen.

Matthias wurde von den Ereignissen vollständig überrascht. Sein üppiges Leben, der ständige Taumel, in dem er sich befand, die absolute Unerfahrenheit in geschäftlichen Dingen ließen ihn keinen Augenblick die Wahrheit sehen. Er erfuhr erst von dem Beamten, der ihn noch im Bette verhaftete, von dem völligen Zusammenbruche des Hauses, von der Flucht seiner Gattin mit dem Sänger.

Nun befand er sich in der Stimmung eines aus schwerer Trunkenheit Erwachten, der sich der Vorgänge während seines Zustandes nur noch verschwommen erinnert, dem jeder Zusammenhang mangelt.

Er überhäufte Polentz mit Vorwürfen, maß ihm alle Schuld bei, erging sich in den rohesten Ausdrücken, während dieser ihm verächtlichen Hohn entgegensetzte, sich selbst die Maske abriß und offen gestand, daß er in ihm nie etwas anderes gesehen, als den einfältigen Bauernjungen, der ihm zu seinen Zwecken dienen müsse.

Der Saal hallte von ihrem widerlichen Zank, in den sich zuletzt auch die Frauen mischten, Frau Polentz und die Bäuerin, die eine für ihren Gatten, die andere für ihren Sohn Partei ergreifend.

Johannes hörte von alledem nichts. Er stand vor dem Fenster und starrte hinab auf den menschengefüllten Platz. Er hörte seinen Namen rufen, er glaubte alle die Gesichter zu erkennen, die sich da wirr durcheinanderdrängten. Alles gute Bekannte, denen er Haus und Hof geraubt, die jetzt Bettler waren durch ihn. Er sah alle die fruchtbaren Felder, die stattlichen Wälder, die friedlichen Heimstätten, die

Leider haben die Anträge auf Ausschluß aus der Partei, über die nach § 23 des Organisationsstatuts die Bezirksvorstände zu entscheiden haben, ganz erheblich zugenommen.

Über die Gewerkschaftsdifferenzen in Solingen hatte der Parteivorstand in seinem Bericht an den Leipziger Parteitag erklärt, daß „die Entscheidung dieser Streitfrage der weiteren Entwickelung zu überlassen" sei. Dem wurde damals nicht widersprochen und diese Auffassung galt bis zum Anfang dieses Jahres als Richtlinie für die Partei in Solingen. Seit Ende vorigen Jahres hatten sich in Solingen die Differenzen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband wieder verschärft. Die „Arbeiterstimme" glaubte zu einigen Vorkommnissen im dortigen Gewerkschaftsleben nicht mehr schweigen zu können. Als sie Stellung nahm, beschwerte sich der Industriearbeiterverband beim Parteivorstand über die Haltung der „Arbeiterstimme". Nach einer Sitzung, die am 27. Juni in Solingen stattfand, entschied der Parteivorstand, daß die gegen die „Arbeiterstimme" und die Solinger Parteiinstanzen erhobenen Vorwürfe nicht zu Recht erhoben wurden: Es müsse der „Bergischen Arbeiterstimme" selbstverständlich frei stehen, durch sachliche Artikel aufklärend im Sinne der Zentralisationsbestrebungen der Gewerkschaften zu wirken. Zur Erörterung der Streitigkeiten zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband seien in erster Linie die Organe der beiden Gewerkschaften berufen. Nehmen die Differenzen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Industriearbeiterverband einen solchen Charakter an, daß ihre Erörterungen in der „Arbeiterstimme" sich als notwendig erweist, so habe aus den Artikeln und Berichten der „Bergischen Arbeiterstimme" alles herauszubleiben, das geeignet ist, persönlich herabsetzend zu wirken. Derselbe Grundsatz müsse selbstverständlich auch für den „Stahlwarenarbeiter" gelten.

Bei den komplizierten Verhältnissen in der Solinger Industrie müssen alle Parteigenossen, soviel in ihren Kräften steht, dazu beitragen, daß der im Interesse der Arbeiter dringend wünschenswerten Annäherung der beiden Verbände keine künstlichen Schwierigkeiten gemacht werden.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Parteitag für die Provinz Posen fand am 11. August in Schneidemühl statt. Aus 11 Wahlkreisen waren 23 Delegierte erschienen. Beim Geschäftsbericht kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, da hierzu der Antrag wieder eingebracht worden war, den Sitz des Bezirksvorstandes von Bromberg nach Posen zu verlegen. Der Antrag wurde abgelehnt. Über die letzten Reichstagswahlen referierte Genosse Lepitz. Sein Referat klang dahin aus, daß in der halb russischen Provinz die Bewegung der Gegner besonders beachtet werden müsse, da durch die Unklarheit über die Ziele derselben sich die Arbeiter immer noch aus religiösen und nationalen Rücksichten verleiten ließen, dem Gegner Gefolgschaft zu leisten. Über den Parteitag in Chemnitz referierte Genosse Wende. Besonders das Stichwahlabkommen wurde besprochen, dabei aber hervorgehoben, daß jedenfalls nicht wieder ein Abkommen geschlossen werde, das nicht alle Parteigenossen befriedige. Mit dem Organisationsentwurf war der Parteitag, soweit es sich um den Parteiausschuß handelt, einverstanden, nicht aber damit, daß eine Beitragserhöhung überall durchgeführt werden soll. Abgelehnt wurde der Antrag, den Parteitag alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Der nächste Parteitag findet in Rawitsch statt.

Die Parteibewegung in Pommern. Die Parteigenossen halten alle zwei Jahre ihren Bezirkstag ab. Der nächste Parteitag findet am 1. und 2. September in Stettin statt. Über die Entwicklung der Parteibewegung und über die aufgewendete Arbeitsleistung orientiert der Bericht des dortigen Parteisekretärs, der soeben erschienen ist. Der Bezirk Pommern setzt sich aus 14 Reichstagswahlkreisen zusammen, die in ihrer Mehrheit rein ländliche Kreise sind. Die Agitation ist dort recht schwierig. Unsere Genossen haben nicht nur mit einer im allgemeinen noch recht rückständigen Bevölkerung zu tun, sie haben auch sehr unter den polizeilichen und anderen behördlichen Schikanen zu leiden. Nicht zuletzt trägt auch das brutale Junkerregiment der pommerschen Agrarier viel dazu bei, daß die Bewegung in der Provinz nur langsam vorwärts geht. Trotz alledem haben sich in den beiden Berichtsjahren 1910–11 und 1911–12 nicht nur die Ortsvereine vermehrt, die von 85 auf 96 gestiegen sind, sondern auch die Zahl der organisierten Mitglieder hat zugenommen. 1910 gab es 8605 männliche und 819 weibliche Parteimitglieder und 1912 verzeichnete der Bericht 10 049 männliche und 1712 weibliche politisch Organisierte. Die Mitgliederzunahme beträgt somit 2265. Tatsächlich ist der Mitgliederzuwachs ein weit größerer. In Pommern ist die Abwanderung vom Lande und vor allem die Fluktuation in den Städten eine ziemlich große, sodaß von den gewonnenen Mitgliedern immer ein recht erheblicher Teil dem Bezirk verloren geht. Die männlichen Parteigenossen machen 12,9 Proz. der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Wählerstimmen aus. Hier ist also noch ein weites Arbeitsfeld für unsere Partei. An Aufklärungsarbeit in der Provinz Pommern hat es nicht gemangelt. Während der Reichstagswahl wurden 205 000 Wahlkalender und 1 822 500 Flugblätter verteilt. Der „Pommer", ein Organ für die ländliche Bevölkerung, erscheint alle zwei Monate in einer Auflage von 20 500, die während der Wahlbewegung auf 23 000 erhöht wurde; während dieser Zeit erschien das Blatt sogar monatlich. In der Provinz wurden insgesamt 568 öffentliche und 1243 Mitglieder-Versammlungen abgehalten. Während der Berichtszeit wurden auch mehrere lokale Bildungsausschüsse ins Leben gerufen und ein Bezirksbildungsausschuß gegründet. Unser Parteiorgan in Pommern, der „Volksbote", hat über 4000 Abonnenten gewonnen. Im vorigen Jahre wurde auch die Druckerei in Parteieigentum übergeführt und für den Wahlkreis Stralsund-Rügen ein Kopfblatt gegründet. Die Reichstagswahlen brachten unserer Partei gegenüber 1907 einen Stimmenzuwachs von 16 816. In der Gemeindevertretung sitzen zurzeit 69 Genossen, davon 20 in 4 Städten und 49 in 18 Landgemeinden. Erwähnen wir dann noch, daß auch unserer Parteipresse der behördliche Dank für die entfaltete segensreiche Tätigkeit in Gestalt von 230 Mk. Strafe und vier Monaten Gefängnis gezollt wurde, so haben wir einigermaßen ein Bild über die Parteibewegung im agrarischen Pommern.

Der sächsische Landesparteitag. Im Dresdener Volkshause traten am Sonntag die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie zu ihrer diesjährigen Landesversammlung zusammen. Der Bericht, der vom Landesvorstand vorgelegt wurde, zeigt, daß auch im Berichtsjahre ein überaus reges Parteileben in Sachsen pulsierte. Die sächsischen Behörden waren der Nadelstichpolitik wegen, die sie jahrelang gegen die Sozialdemokratie übten, weit über die Grenzen des Reiches hinaus bekannt geworden, und wenn auch in den letzten Jahren eine kleine Besserung eingetreten ist, so scheinen sich manche sächsische Behörden doch noch nicht ganz von der Politik der Nadelstiche entwöhnen zu können. Der Bericht des Landesvorstandes führt nach der Richtung hin eine ganze Menge Beispiele an, insbesondere die wiederholten Versuche sächsischer Polizeibehörden, Versammlungen eines geschlossenen Personenkreises zu überwachen. Auch sonst versucht man, die Vorteile des neuen Vereinsgesetzes in ihr direktes Gegenteil zu verkehren. In einer Reihe von Städten versuchte man, den Arbeitern die Bürgerrechtserwerbung dadurch zu erschweren, daß die Gebühren in die Höhe geschraubt wurden. Von der Oberbehörde ist dieses Verfahren nunmehr für ungerechtfertigt erklärt worden. Daß die Arbeiterturn-, Radfahrer-, Gesang-Vereine usw. die liebevolle Hand der Polizei recht häufig zu fühlen bekamen, versteht sich am Rande. Als eine erfreuliche Tatsache konnte der Bericht den Umstand bezeichnen, daß die Kriegervereine eine große Mitgliederflucht zu beklagen haben. Die sächsische Parteipresse hat gegenwärtig einen Abonnentenstand von rund 235 000. Die Zahl der Gemeindevertreter beträgt zurzeit 2023. Die Gesamteinnahmen der sächsischen Partei stiegen von 616 700 auf 972 530 Mk. Der Zehnpfennig-Wochenbeitrag ist in allen 23 Wahlkreisen nunmehr durchgeführt. Die Zahl der organisierten Parteigenossen ist seit dem Vorjahre von 120 548 auf 149 325 gestiegen. Bei der letzten Reichstagswahl wurden in Sachsen 513 216 Stimmen abgegeben. Von den 23 sächsischen Reichstagsmandaten sind 19 im Besitz der Sozialdemokratie. Es besteht die Hoffnung, im nächsten Jahre auch noch das 20. Mandat zu holen, weil die Wahl des Reichsverbändlers Liebert, der nur mit 23 Stimmen Mehrheit gewählt wurde, voraussichtlich vom Reichstage für ungültig erklärt werden dürfte. — Unter den Landarbeitern und besonders auch unter den Eisenbahnern ist eine sehr lebhafte schriftliche Agitation entfaltet worden. Außer einer großen Anzahl anderer Schriften wurde ein Flugblatt über die Landespolitik in 600 000 und ein Kalender in 320 000 Exemplaren im ganzen Lande verbreitet. Die Verhandlungen, über die wir berichten werden, werden voraussichtlich bis zum Dienstag dauern.

Das beleidigte Militär. Genosse Karl Sindermann, der Vorsitzende des sächsischen Landesvorstandes, wurde am Sonnabend vom Landgericht zu Dresden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll das Heer und Offizierkorps in einer Versammlungsrede beleidigt haben. Strafantrag haben der sächsische und der preußische Kriegsminister gestellt.

Kruppbildung.

Dem Kruppjubiläum widmet die „Concordia", die Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, ihre letzte Nummer. Sie will damit die Übereinstimmung dartun, in der sich die Wohlfahrtspflege der Firma Krupp mit den von der Zentralstelle vertretenen Anschauungen befindet. „In dieser Übereinstimmung ist ja das schöne Verhältnis zur Firma Friedr. Krupp A.-G. begründet, dessen die Zentralstelle für Volkswohlfahrt sich seit dem Beginn ihres Bestehens erfreuen darf. Möge dieses Verhältnis auch für die Zukunft dauern."

Wir wollen dieses schöne Verhältnis nicht stören. Die beiden Sorten Wohlfahrtspflege sind einander wert. Aber es lohnt sich doch, den Hymnen einige Aufmerksamkeit zu schenken, die in der Festnummer der „Concordia" auf die Bildungsarbeit und die Jugendpflege der Firma Krupp angestimmt werden. Umsomehr lohnt sich diese Aufmerksamkeit gerade jetzt, weil in diesen Tagen auch die Jahresberichte des Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei und der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands veröffentlicht werden, sodaß sich ein Vergleich der industrieköniglich Kruppschen Bildungs- und Jugendpflege und der Bildungs- und Jugendarbeit der klassenbewußten Arbeiterschaft geradezu aufdrängt. Vor der allgemeinen bürgerlichen Bildungspflege hat sie voraus, wie übrigens auch die „Konkordia" zugibt, daß sie sich auf eine große, ziemlich einheitliche und durch modernen Fabrikfeudalismus fest zusammengehaltene Arbeiterschaft stützen kann. Sie hat ferner voraus, daß sie besser dotiert ist als die sonstige bürgerliche Bildungspflege. Trotzdem hat der Kruppsche Bildungsverein immer nur einen kleinen Bruchteil der Kruppschen Arbeiter und ihrer Angehörigen an sich zu ziehen verstanden. Die Zahl der Mitglieder ist nicht einmal im Verhältnis zum Wachstum des Betriebes gestiegen. In den letzten Jahren ist eher ein Rückgang als eine Zunahme zu verzeichnen. Die Gesamtmitgliederzahl hielt sich seit 1905/06 immer um 3000 herum. Gegenwärtig beträgt sie 3358. Die Beteiligung der Arbeiter am Bildungsverein in den sieben Jahren seit 1905/06 geben die folgenden Zahlen an: 1739, 1670, 1473, 1626, 1705, 1832, 1808. Was sind das für winzige Zahlen im Vergleich zu den Hunderttausend, die bei Einschluß der Familienmitglieder zum Kruppschen Werke gehören! Dabei ist die Teilnahme am Bildungsverein nicht einmal auf Kruppianer beschränkt!

Und wie sehr bringen sie die Ohnmacht der bürgerlichen Bildungspflege zum Ausdruck, wenn man daneben hält, daß für die Propaganda und für die Erledigung der Arbeiten dieses Kruppschen Bildungsvereins ein ganzer Stab von Leuten dauernd im Hauptamte tätig ist. Bis 1905/06 sind noch hinzugekommen: ein Gehilfe des Geschäftsführers, drei Bureaubeamte und ein Hilfsschreiber. Im ganzen widmen sich also der Kruppschen Bildungspflege acht Beamte. Trotzdem geht sie eher zurück als vorwärts. Auch die „Concordia" muß diese Tatsache trauernd eingestehen. Aber ein süßer Trost ist ihr geblieben: „Erschien so eine weitere Ausdehnung in die Breite unmöglich, so mußte man, um einem inneren Stillstand zu begegnen, jetzt alle Kraft der Vertiefung des bisher Geschaffenen zuwenden." Wir wollen die Kruppsche Bildungspflege diesem edlen Streben in die Tiefe überlassen und inzwischen einen Blick auf die Jugendpflege werfen.

Aber siehe da! „Infolge mangels an gebildeten Helfern ging die ganze Jugendarbeit bisher mehr in die Breite als in die Tiefe, und es wird noch langer, ernster Arbeit bedürfen, dieses Verhältnis zu bessern." Also auch hier fehlt es an Tiefe! Aber mit der etwas renommistischen Berufung auf die Breite kann es auch nicht weit her sein, denn der Artikel konstatiert an einer anderen Stelle, daß den Kruppschen Jugendvereinen, da man keinen Zwang zum Beitritt ausübe, im Verhältnis zu der großen Zahl jugendlicher Werksangehöriger „bisher nur ein recht kleiner Teil" von ihnen angehört.

Das ist aber nicht die einzige Klage. Recht bitter äußert sich die „Concordia" über das Ausbleiben freiwilliger Helfer für die Jugendpflege aus den Kreisen der Gebildeten. Wenig erhebend klingt auch, was sie über den Geist zu sagen hat, der in den Kruppschen Jugendvereinen herrscht: „Es gilt

---

er ihnen geraubt, er sah die Kinder in den heimeligen Stuben, die Alten hinter dem Ofen; er glaubte vor allem einen zu sehen, den Wahnsinnigen von Fechingen, und es war ihm, als krümmten sich von neuem Finger um seinen Hals, als tönten die entsetzlichen Worte von neuem an sein Ohr: „Verflucht seist in Zeit und Ewigkeit. Judas — Judas!"

Plötzlich drängten berittene Gendarmen die Menge zurück. Ein geschlossener Wagen fuhr vor.

In demselben Augenblick trat ein Gerichtsdiener in den Saal und forderte die Herren auf, ihm zu folgen.

Johannes atmete schwer auf. Die „Herren". Er gehörte ja auch zu den Herren, er, der Bauer vom Wald.

Frau Polenz inszenierte einen wirkungsvollen Abschied, als gälte es von einem Märtyrer der öffentlichen Meinung zu scheiden.

Polenz selbst hatte nur eine Besorgnis, die aufgeregte Menge. Nachdem ihn die Beamten völlig beruhigt, alle Maßregeln seien getroffen, rüstete er sich, dem Verhängnis, wie er es nannte, mit dreister Stirne entgegenzugehen.

Johannes schwankte unsicher, die Beamten mußten ihn stützen.

Was waren alle Strafen der Gerechtigkeit, welche etwa über ihn verhängt wurden, gegen diesen Gang!

Der Abschied von seinem weinenden Weibe, das der bitterste Vorwurf zu Boden drückte, war kurz.

„Wir haben uns nix vorz'werfen gegenseitig, Moni, und was es kommen soll, verdient hab'n mir's. Grüß mir d' Rosl!"

Da brach er in Schluchzen aus. Der Name, den er fast vergessen hatte, weckte alle heiligen Erinnerungen.

Die Menge ließ sich nur mit Anwendung von Gewalt von dem Wagen ferne halten, welcher die drei Männer aufnahm. Lärmende Verwünschungen erschallten, und als Johannes erschien, schwoll der Lärm ins Unendliche an. Sein Name hallte wie ein Kriegsgeschrei durch die Luft. Er hatte den Hut in der Hand, sein weißes Haar fiel ihm weit in die Stirne, so neigte er das Haupt.

Plötzlich riß sich ein junger Mann aus dem Gedränge los, im nächsten Augenblick traf schon seine Faust Johannes Nüngers Antlitz.

Er sank lautlos in die Knie, das weiße Haar war an einer Stelle gerötet.

Der Lärm verstummte, nur das Gebrüll des Täters hallte durch die Luft, welchen zwei Polizisten mit Mühe bändigten. Es war der Fechinger Bur'. Der Schaum stand dem Rasenden vor dem Mund.

„Recht hat er g'habt, der Vater! Verdammter Judas!"

„Betrüger! Judas!" hallte es dem Wagen nach, der mit dem ohnmächtigen Johannes rasch davonfuhr. Vor dem Eingange zum Palais Polenz war ein Pflasterstein rot gefärbt vom Blute des Johannes.

Um das Fenster mit der düsteren Eisenvergitterung wob das Frühjahr. Apfelblütenduft drang herein, ja, einer der übervollen Zweige ließ es sich nicht nehmen, seine Last auf einen der Stäbe zu stützen.

Der warme Sonnenschein vergoldete die schneeweißen Dielen, die kahlen, weißen Wände, das weiße Bett, das weiße Kruzifix darüber, das weiße, bis auf die Schulter fallende Haar eines Mannes, der, in einem Lehnstuhl aus Rohrgeflecht sitzend, unverwandt hinaufblickte zu dem neugierigen Blütenzweig. Nur schade, daß der Sonnenschein auch das düstere Eisengitter abzeichnete auf den schneeweißen Dielen, ein häßliches, schwarzes Viereck, welches die ganze Frühjahrsharmonie störte.

Aber daran war trotz aller Milde, welche ausgegossen war über den ganzen Raum, nichts zu ändern; denn der Raum war ein Gefängnis, und der Mann am Fenster mit dem wallenden, weißen Haar ein Gefangener — Johannes, der Bauer vom Wald.

Eine Blüte löste sich vom Zweige oben und flatterte herab, gerade in seinen Schoß.

Er ergriff sie, sog gierig ihren Duft ein und nickte dann mit müdem Lächeln hinauf, als wollte er dem Zweige seinen Dank sagen. Dann blickte er lange kopfschüttelnd auf das zarte Gebilde in seiner Hand.

Es war auch zu sonderbar! Gerade als ob sich alles verschworen hätte, ihm nur Gutes und Liebes anzutun, ihm, dem alten Sünder, dem Judas!

Das begann schon in den qualvollen Tagen der Verhandlung. Was sein Verteidiger alles daherbrachte! Einen armen Verführten nannte er ihn, ein bedauernswertes Opfer der gefräßigen Stadt, ein trauriges Wahrzeichen seines untergehenden Standes, gegen den sich alles verschworen

O, er war selbst empört über diese Lügen, er wäre am liebsten aufgesprungen und hätte feierlich erklärt, daß er um kein Haar besser sei als dieser Polenz, auf den sich der Verteidiger unentwegt stürzte, ja, im Gegenteil noch viel schlechter.

Daß er nicht auf seinem eigenen Grund und Boden, ferne von all den Versuchungen der Stadt im besten Wohlstande? Was trieb ihn denn herein? Der Verdruß über den vernichteten Wald? Lüge! Die Habsucht, nichts als die Habsucht, die in ihm erwachte beim Anblick des Geldes! Und wenn auch, mußte er denn zum Verräter werden an seinem Stand? Mußte er nicht annehmen, daß mit dem Polenz nicht alles in Ordnung war? Wußte er es nicht und handelte doch so?

Und als sie ihm dann trotz all der schönen Reden ein Jahr Gefängnis gaben wegen Teilhaberschaft an dem betrügerischen Bankerotte, während der Polenz zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde samt seinem Sohne Fritz, da empfand er das wie eine unverdiente Begünstigung. Und als er dann schwer erkrankte, kam der Arzt, ein herzensguter Mann, der ihm Trost zusprach, ihn in diesen freundlichen Raum bringen ließ, und die Rosl durfte kommen und ihn besuchen, und all die Beamten erkundigten sich nach ihm.

Fragte er einmal, womit er denn all die Güte und Milde verdiene, er sei ja ein Verbrecher so gut wie die anderen alle in diesem Hause, dann lachte man ihn aus. Er war wieder der arme verführte, um sein Eigentum von einem frechen Betrüger geprellte, harmlose Bauer, der keine Ahnung hatte, wozu er benutzt wurde. Die Richter können darauf freilich keine Rücksicht nehmen, aber damit sei auch der Gerechtigkeit Genüge geschehen, und es sei nicht mehr als billig, ihm jede mögliche Erleichterung zu gewähren.

Sein Weib war einen Monat nach seiner Verhaftung gestorben. Diese Nachricht wurde ihm mit der größten Vorsicht erst nach seiner Genesung überbracht. Der Schlag hatte sie gerührt, der Kummer, die Sorge um ihn, die zehrende Schande war wohl die Ursache.

Sie hatte ihre Schuld mit dem Tode büßen müssen, und er, der viel Schuldigere, er kam darüber hinweg, lebte ordentlich wieder auf unter der sorgsamen Pflege.

Der Matthias, den sie allerdings freigesprochen hatten als völlig unzurechnungsfähig in geschäftlichen Dingen, war nach Amerika ausgewandert. Heimatlos, mittellos, ging er wohl der stärksten Buße entgegen. Ihn selbst würde die Rosl und ihr braver Mann womöglich im Triumph auf den Hof bringen, wenn die Zeit seiner Entlassung gekommen, aber dagegen wird er sich energisch wehren. Das darf nicht sein, das Recht hat er auf immer verwirkt, seine Heimat wieder zu betreten, den ehrlichen Boden, den er verlassen.

Die Blüte in seiner Hand brachte ihn wieder darauf. Das Frühjahr im Walde!

„Wenn die Vögel schön g'sunga hab'n, und der Kuckuck g'ruf'n, und die Käfer g'surrt, und der Saft herausquoll'n is zu der Rind'n und die junge Trieb, und der G'ruch, der G'ruch!" — Er schloß die Augen in seliger Erinnerung.

Da ertönten Schritte, das Schloß wurde aufgesperrt, Johannes wandte sich um.

Ein junger Mann in Bergtracht, kam auf ihn zu, reichte ihm seine braune, schwielige Hand, und von der Hand strömte wirklich der Geruch aus, von dem er eben geträumt, der Geruch frischen Harzes, jungen Holzes, der Geruch des Frühlings, der Geruch des Waldes, seines Waldes.

Schluß folgt.

eine sich erschreckend breitmachende Großmannssucht, Protzerei und Vergnügungssucht zurückzudämmen: jeder will mehr scheinen, als er wirklich ist, und verpraßt Zeit und Geld für Sportfexerei und oberflächliche Vergnügungen. Wohl die meisten Mitglieder sähen es am liebsten, wenn möglichst viele Feste gefeiert würden; über die Bestreitung des Programms und der Kosten jedoch machen sie sich weniger Sorgen, das überlassen sie gütigst dem Ausschusse."

Uns überraschen diese recht interessanten Mitteilungen über den Stand und Gang Kruppscher Bildungs- und Jugendpflege nicht. Es kann nicht anders sein, wenn beides nicht organisch aus der Arbeiterschaft, aus ihrem Denken, Fühlen und Wollen herauswächst, sondern wenn es eine gnädigst gewährte Wohltat ist. Gerade in den letzten 6—7 Jahren, um die es sich hauptsächlich bei der Kruppbildung handelt, hat sich auch die deutsche Arbeiterklasse mit mehr Kraft und Energie als früher ihrer besonderen Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeiterbildung und Jugendpflege angenommen. Sie konnte es in diesem Maße aus dem sehr ernsten Grunde nicht früher tun, weil sie bis dahin ihre letzten geistigen und körperlichen Kräfte der Verteidigung ihres Hauses, der Organisation, gegen die zahlreichen äußeren Feinde widmen mußte. Seitdem sie die Hände nur ein wenig für den Ausbau im Innern frei hat, regt sie sie fleißig.

Ein Blick in die Berichte des Bildungsausschusses und der Zentralstelle für die arbeitende Jugend zeigt, wie ganz anders sich eine Bewegung entwickelt, wenn sie von der Arbeiterschaft selbst als eine ihrer eigensten Aufgaben planmäßig und tatkräftig gefördert wird. Für die proletarische Bildungs- und Jugendarbeit stehen keine staatlichen oder privaten Fonds zur Verfügung; keine Behörden und Millionäre haltend schützend die Hand über sie. Sie müssen sich im Gegenteil im harten Kampfe gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft, gegen Gerichte und Polizei und gegen „geistige" Bekämpfer aller Art, die im Schnellfeuertempo Artikel, Reden und Bücher gegen sie schleudern, durchsetzen.

Und sie setzen sich durch! Der Bildungsetat der deutschen Arbeiterorganisationen verzeichnet im letzten Jahre an Einnahmen 647 139,48 Mk., an Ausgaben 618 390,52 Mk.; die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend" stieg von 65 500 im Jahre 1910 auf 80 000 im Jahre 1911. Diese beiden Stichproben aus dem reichen Zahlenmaterial der beiden Berichte mögen genügen, um die Summe von Kraft, Fortschrittsfreudigkeit und Leben, die in der proletarischen Bildungs- und Jugendarbeit steckt, zu veranschaulichen. Und das in einem Jahre, das der planmäßigen Tätigkeit auf diesen Gebieten durch die Anstrengungen und Kosten der Reichstagswahl nicht günstig war. Die Zahlen des nächsten Jahres werden ganz anders lauten.

Und wenn wir erst das hundertjährige Jubiläum der modernen Arbeiterbewegung feiern, wer wird dann noch von Kruppscher Wohltätigkeit und Bildungspflege anders als von Zeugnissen überwundener Kulturstufen reden?

Zentralverein der Sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübeck.

Parteigenossen!

Die diesjährige Generalversammlung findet am **Sonntag, 25. August 1912,** präzise 10 Uhr vormittags, in Rensefeld bei Schwartau, im Lokale des Herrn O. Evers (Klein-Mühlen) statt.

Provisorische Tagesordnung:

1. a) Geschäfts- und Kassenbericht; b) Bericht der Kontrollkommission; c) Bericht der Ortsvereine.
2. Die letzten Landtagswahlen. Berichterstatter: H. Fick (Stockelsdorf).
3. Rückblick auf die Reichstagswahlen. Referent: Joh. Stelling (Lübeck).
4. Anträge und Stellungnahme zu den Parteitagen und Wahlen zu denselben.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Die Wahl der Delegierten hat nach § 12 unseres Statuts stattzufinden, von der erfolgten Wahl ist dem Unterzeichneten sofort Mitteilung zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Der Zentralvorstand.
J. A.: Heinr. Fick.

Stockelsdorf, den 25. Juli 1912.

Gewerkschaftsbewegung.

Feststellungen über Arbeitszeit und Löhne sowie Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands 1885—1910. Unter diesem Titel ist soeben im Verlage des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands (Fr. Schrader, Hamburg) eine Broschüre herausgegeben, die ein interessantes Bild von dem erfolgreichen Wirken des Verbandes in 25jähriger Tätigkeit gibt. In übersichtlichen Tabellen dargestellt erscheinen die Stundenlöhne, Arbeitszeiten und Mitgliederzahlen seit dem Jahre 1885, zunächst nach Zahlstellen über das ganze Reich, dann nach solchen in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten geordnet. Weitere Tabellen enthalten die Durchschnittsstundenlöhne, Durchschnittstagelöhne und Mitgliederzahlen in den Bundesstaaten bezw. Provinzen, ebenfalls seit 1885. In einer besonderen Tabelle ist die Steigerung der Durchschnittsstunden- und Durchschnittstagelöhne von 1885—1910 dargestellt. Auch in die Arbeitszeitverkürzung, die in dem gleichen Zeitraum für die Zimmerer erzielt worden ist, läßt eine Tabelle Einsicht gewinnen. Den Großstädten ist eine besondere Tabelle gewidmet. Außer mehreren Vergleichstabellen, welche die Broschüre enthält, wird noch auf das Agitationsfeld der Zimmerer der Blick gelenkt durch Gegenüberstellung der bei einer Erhebung im August 1911 ermittelten Anzahl der Zimmerer und der Mitgliederzahl zu gleicher Zeit. Die Broschüre, die ein reiches und wertvolles Material enthält, ist vornehmlich für die Funktionäre und die agitatorisch tätigen Mitglieder des Zimmererverbandes bestimmt.

Generalstreik der Neuyorker Kürschner. Wie dem Internationalen Kürschner-Sekretariat aus Neuyork berichtet wird, befinden sich zirka 12 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Pelzbranche im Streik. Kein Streikbrecher ist vorhanden, sodaß sämtliche Betriebe leer stehen. Schon am 20. Juli stellten etwa 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit ein, später stieg die Zahl auf 8000. Die Führung dieses Streiks hatte die noch junge, zum Teil aus ungelernten Arbeitern gegründete Organisation, der aber alle Arbeiter und Arbeiterinnen beitreten durften und die 1400 Mitglieder zählt, der „Furriers Union of Greater Neuyork". Die 260 Mitglieder zählende alte deutsche Kürschner-Union, die hauptsächlich in sich die besten Spezialarbeiter vereinigt, hielt sich anfangs vom Streik fern. Offenbar kam ihr dieser Ausstand zu überraschend. Am 5. Juli sprach der Vorsitzende der Generalkommission, Gen. Legien — der sich auf der Rückreise seiner Agitationstour befand — in zwei, von je 4000 Personen besuchten Massen-Meetings zugunsten der Forderungen der Streikenden. Er appellierte an die deutschen Kollegen, nicht den deutschen Namen durch ihr Verhalten zu schänden, sondern Solidarität zu üben. Der Appell des Gen. Legien blieb nicht ohne Erfolg, denn am 25. Juli schloß sich die deutsche Union dem Streik an und sofort verließen auch diejenigen die Arbeitsplätze, die solange noch gezögert hatten. Die „Furriers Union of Greater Neuyork" hatte zu Beginn des Streiks 10 Forderungen aufgestellt. Es wurde die 49stündige Arbeitszeit pro Woche gefordert. An Wochentagen soll die Arbeit morgens 8 Uhr beginnen und abends um 6 Uhr mit Einschluß einer einstündigen Mittagspause beendet sein, Sonnabends soll um 12 Uhr mittags Schluß sein. Jetzt wird der Achtstundentag gefordert und der freie Sonnabend-Nachmittag, Bezahlung aller gesetzlichen Feiertage, Verbot der Mitnahme von Arbeit nach Feierabend und Anerkennung der Organisation. Außer den Mitgliedern der deutschen Union stehen die übrigen Streikenden fast ohne jede finanziellen Mittel und kämpfen ähnlich den Londoner Hafenarbeitern unter großen Entbehrungen. Das Internationale Sekretariat schlug den angeschlossenen Organisationen vor, aus dem Solidaritätsfonds den Streikenden 1000 Mk. zu bewilligen und sofort überall Sammlungen vorzunehmen, um den amerikanischen Kollegen ihre Solidarität zu bezeugen.

Streik der Straßenbahner in Lausanne. Die Straßenbahner sind Sonnabend morgen in Streik getreten wegen Maßregelung ihrer Vertrauensleute. Die Verwaltung der Straßenbahn hat in der üblichen Weise, statt auf die Wünsche der Angestellten einzugehen, die Wortführer derselben kurzerhand entlassen. Der Verkehr auf der Straßenbahn ruht vollständig.

Die Praktiken eines Unternehmer-Arbeitsnachweises

bilden die Ursache größerer Differenzen in der Metallindustrie der Kreise Hagen-Schwelm. Die Metallarbeiter führen dort seit Wochen einen energischen Kampf gegen die Praktiken des Zwangsarbeitsnachweises der Unternehmer. Durch diesen Kampf, der sich im Stillen abspielt, wollen sie die vom Nachweis beliebte Praxis bei Arbeitsvermittelungen ausmerzen. Die beteiligten Organisationen verhängten über die gesamten Gießereibetriebe die Sperre und veranlaßten die unverheirateten Gießereiarbeiter, die Betriebe zu verlassen. Das Resultat dieser Maßnahme war, daß viele Gießereibetriebe nicht mehr so produzieren konnten, wie sie es wünschten.

In der bürgerlichen Presse wird versucht, den Organisationen zu beweisen, daß ihr Vorgehen unberechtigt ist, und in einem Zirkular des Arbeitgeberverbandes wird mitgeteilt, daß bei 39 000 Arbeitsvermittlungen nur 3 Beschwerden vorgekommen seien. Wie es in Wirklichkeit ist, wollen wir an der Hand nur sehr weniger Fälle nachweisen.

Der Arbeiter W. frug auf dem Arbeitsnachweis zu Haspe um Arbeit an. Man gab ihm einen Schein für die Firma Wittmann Nachf., bei der die Arbeiter wegen Lohndifferenzen in Kündigung standen. Er lehnte es ab, in diesem Betriebe Arbeit zu nehmen. Darauf erklärte der Nachweisbeamte: „Solange die Arbeiter der Firma Wittmann streiken, bekommen Sie keine Arbeit." — Der Arbeiter Heinrich Rg. wurde vom Arbeitsnachweis 14 Tage gesperrt, weil er sich unanständig betragen haben sollte. Seine Unanständigkeit bestand darin, daß er einen Nachweisschein verlangte, und nicht erhat. — Bei der Firma Rentrop in Mispe bekamen 2 Former Differenzen wegen eines Akkordsatzes. Als sie sich mit dem Meister nicht einigen konnten, hörten die beiden Former im Einverständnis mit dem Meister auf. Bei der Firma Stockey & Schmitz wurden sie eingestellt. Als sie sich aber auf dem Unternehmernachweis einen Schein für diese Firma holen wollten, wurde er ihnen verweigert und es wurde ihnen erklärt, sie seien 14 Tage gesperrt. — Am schlimmsten ergeht es Arbeitern der Firma Dikertmann in Haspe. Die Arbeiter dieser Firma müssen sich ihr Recht oft vor dem Gewerbegericht suchen. In den meisten Fällen werden diese Arbeiter zur Strafe dafür, daß sie die Firma verklagt haben, gesperrt. Als z. B. der Arbeiter Sch. bei Dikertmann aufhörte und bei der Firma Nachf. in Haspe Arbeit bekam, wurde ihm auf dem Nachweis der Schein verweigert und von ihm verlangt, er solle nach Dikertmann zurückkehren. — Weil der Former Fritz Schr. die Firma Dikertmann wegen rückständigen Lohnes am Gewerbegericht verklagt hatte, wurde er monatelang vom Nachweis gesperrt. Als es ihm aber gelang, bei der Firma Bröcking in Vogelsang unterzukommen, wurde er dort wieder auf Anordnung des Nachweises sofort entlassen. — Der Klempner Richard Gr. hörte bei der Gevelsberger Herd- und Ofenfabrik auf. Auf dem Nachweis wollte man ihn zwingen, als Emaillebrenner zu derselben Firma zurückzukehren, obschon er auf diese Arbeit nicht eingeübt ist. Gr. weigerte sich, dem Ansinnen des Nachweises zu folgen und suchte sich andere Arbeit. Er wurde von der Firma Müller in Schwelm eingestellt, konnte dort aber nicht eintreten, weil ihm auf dem Arbeitsnachweis der Nachweisschein verweigert wurde. — Eine Anzahl jugendliche unorganisierte Kernmacher und Kernmacherinnen, deren Löhnung nicht nach ihrem Wunsch ausgefallen war, kündigten der Firma Wilh. Schmidt zu Gevelsberg ihr Arbeitsverhältnis. Sie alle wurden vom Nachweis gesperrt, weil sie sich angeblich an einer Lohnbewegung beteiligt hatten. — Der Kernmacher Fritz W. hörte am 15. Februar bei der Firma Schmidt Villa auf und trat bei der Firma Sichelschmidt, die nicht dem Unternehmerverband angehörte, in Arbeit. Nachdem er dort zirka 3 Monate gearbeitet hatte, nahm er bei der Firma Kottenhoff & Wehdeking Arbeit an; wurde aber nach vierstündiger Arbeit wieder entlassen, weil der Zwangsarbeitsnachweis ihm den Nachweisschein vorenthielt, wohl zur Strafe dafür, daß er vor drei Monaten bei der Firma Schmidt Villa, bei der inzwischen ein Streik ausgebrochen war, gearbeitet hatte. Als er wiederholt beim Nachweis vorsprach, um den Beamten von der Ungerechtigkeit seiner Sperre zu überzeugen, erklärte ihm der Beamte, er möge auf das Metallarbeiterbureau gehen und sich dort einen Nachweisschein holen. — Der Kernmacher Robert Schl. wurde bei der Firma Kottenhoff & Wehdeking eingestellt. Er arbeitete bis 4 Uhr nachmittags zur Zufriedenheit der Firma, wurde dann zum Nachweis geschickt, um sich dort einen Schein zu holen. Der Schein wurde ihm auf dem Nachweis mit der Begründung verweigert, die Firma habe keine freien Stellen beim Nachweis gemeldet; es wurde ihm aufgetragen, zu der bestreikten Firma Schmidt zu gehen. — Der Arbeiter Wilhelm Bu. wünschte bei der Firma Schürhoff als Presser in Arbeit zu treten. Beim Nachweis bekam er einen Schein für die Firma Schürhoff. Als er aber dort vorsprach, erklärte ihm die Firma, daß sie nur Schleifer benötige. Bu. bat die Firma dann um Abstempelung seines Nachweisscheines, damit er dem Nachweis zeigen konnte, daß er wirklich um Arbeit angefragt habe, dies wurde ihm aber verweigert. Als er zum Nachweis kam und dies meldete, erklärte man ihm: „Wenn Sie bei Schürhoff nicht als Schleifer anfangen resp. sich anlernen lassen, bekommen Sie überhaupt keine Arbeit. Machen Sie, daß Sie 'raus kommen!" — Der Schleifer Karl H. ging zum Nachweis in Hagen und bat um Arbeit. Man bot ihm eine Stelle zu 3,50 Mark pro Tag an. Er erklärte, daß er diese Stelle nicht annehmen könne, es sei ihm unmöglich, mit 3,50 Mark seine Familie zu ernähren. Darauf erklärte ihm der Nachweisbeamte: „Wenn Sie hier frech werden wollen, bekommen Sie überhaupt keine Arbeit!" Als der Arbeiter nach einigen Tagen wiederkam und erneut um Arbeit bat, wurde er abermals mit den Worten abgewiesen: „Gehen Sie dort hin, wo Sie frech sein können, bei uns sind Sie dauernd gesperrt."

Alle diese angeführten Fälle könnten noch durch eine große Anzahl weiterer bereichert werden; aber schon sie werden genügen, um zu beweisen, daß das Vorgehen der Arbeiterorganisationen nur zu berechtigt ist. Die Entrechtung der Arbeiter, die zeitweilige vollständige Aufhebung der Freizügigkeit durch die Unternehmernachweise ist einfach unerträglich.

Die Metallindustriellen in Hagen-Schwelm drohen mit schärferen Maßnahmen. Es kann auf Grund dessen zum offenen Kampf kommen. Die Metallarbeiter allerorts werden daher gewarnt, in Hagen-Schwelm Arbeit zu nehmen. Falle kein Metallarbeiter auf die Stellenangebote der bürgerlichen Presse herein!

Aus dem Gerichtssaal.

Fünf russische Matrosen zum Tode verurteilt. Aus Sewastopol wird gemeldet: Fünf Matrosen, die kürzlich auf ihrer Flucht aus dem Gefängnis einen Wachtposten erschossen hatten, sind zum Tode durch den Strang verurteilt worden.

Aus Nah und Fern.

Über die Bluttat in einem Berliner Vorortzuge werden folgende Einzelheiten gemeldet: Als der um 6 Uhr 40 Minuten von Nauen nach Berlin fahrende Vorortzug sich auf halbem Wege zwischen Nauen und Finkenkrug befand, blieb der Zug plötzlich auf freier Strecke stehen, da in einem Abteil die Notleine gezogen worden war. Als die Beamten nach der Ursache des unfreiwilligen Aufenthalts forschten, kam ihnen ein junges Mädchen blutüberströmt und um Hilfe rufend entgegen. Sie konnte nur noch mitteilen, daß ein unbekannter Mann sie, ihre Mutter und noch eine Dame, die mit ihnen zusammen fuhr, in ihrem Abteil überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt habe. Dann brach sie bewußtlos zusammen. Als die Beamten das betreffende Abteil betraten, bot sich ihnen ein entsetzlicher Anblick. Dort lagen in ihrem Blute schwimmend und besinnungslos die beiden anderen Damen, die später als eine Frau Voß aus Nauen und eine bei ihr zu Besuch weilende Frau Karstedt festgestellt wurden. Während die Beamten sich um die drei schwer verletzten Damen bemühten, hatten andere Fahrgäste bemerkt, daß unmittelbar, nachdem der Zug hielt, ein junger Mann, der aus demselben Abteil gesprungen war, zunächst am Zuge entlang lief und dann querfeldein flüchtete. Da die Passagiere von der Bluttat noch keine Kenntnis hatten, gelang es dem Flüchtling, einen erheblichen Vorsprung zu gewinnen, bevor die Verfolgung begann. Dann suchten ihn einige Fahrgäste, unter denen sich besonders ein Soldat des Garde-Trainbataillons hervortat, einzuholen, sie mußten aber bald die Verfolgung als aussichtslos aufgeben, da der Vorsprung, den der Attentäter erreicht hatte, schon zu groß war. Auf der nächsten Station Falkenberg wurden die schwer verletzten Damen durch hilfsbereite Fahrgäste in die Wartehalle des Bahnsteigs gebracht und Ärzte aus den benachbarten Orten alarmiert. Es erschienen kurz hintereinander Dr. Götzke vom Kurhaus Falkenhain und Bahnarzt Dr. Wanker, sowie Gendarmeriewachtmeister Geisler aus Falkenhagen. Die Damen wurden als die Frau des Eisenwarenhändlers Voß aus Nauen und eine bei ihr zu Besuch weilende Frau Karstedt und Tochter rekognosziert. Frau Voß hat einen Stich über dem rechten Auge und einen tiefen Stich in die Schlüsselbeingrube davongetragen. Fräulein Karstedt ist am schwersten verletzt. Sie wies einen Stich in der rechten Brustseite, einen im Kopf und zwei Stiche im linken Oberarm auf. Bei beiden Damen besteht ernste Lebensgefahr. Am glimpflichsten kam Frau Karstedt davon. Bei ihr konstatierten die Ärzte einen Stich in der Brust und einen im Bein. Alle drei Verletzten wurden mit dem nächsten Zuge nach dem Krankenhaus Nauen befördert, das telephonisch für die Aufnahme vorbereitet worden war. Die Damen wollten sich zu einer Geburtstagsfeier nach Berlin begeben und bestiegen zu diesem Zweck einen nur wenig besetzten Durchgangswagen 3. Klasse. Kurz nach Abfahrt des Zuges von Nauen muß sich der Täter, der wahrscheinlich in demselben Abteil Platz genommen hatte, auf die drei wehrlosen Damen gestürzt und blindlings auf sie eingestochen haben. Dann hat, wie man vermutet, der Täter selbst die Notleine gezogen, um den Zug zum Halten zu bringen und in der allgemeinen Verwirrung zu entkommen. Über das Motiv, das ihn zu der Tat getrieben hat, herrscht noch vollständiges Dunkel. Es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um einen Geisteskranken handelt, der die furchtbare Tat in einem Tobsuchtsanfall begangen hat. Der Täter ist, wie festgestellt werden konnte, gestern vormittag 11 Uhr mit dem Vorortzuge aus Berlin in Nauen eingetroffen. Er fiel dort auf dem Bahnhof allgemein durch sein verstörtes Wesen auf, und es erscheint zweifellos, daß es sich um einen Geisteskranken handelt. In später Nachtstunde verlautete gerüchtweise, daß in Bredow i. d. Mark ein Mann festgehalten wurde, der als Täter in Frage kommen könnte. — Die überfallene Frau Voß ist ihren schweren Verletzungen erlegen.

Eine Methylalkoholvergiftung in Reinickendorf. Im Verbandskrankenhaus Berlin-Reinickendorf wurde kürzlich ein neuer Fall von Methylalkoholvergiftung verzeichnet, der wegen seiner sicheren Beurteilung bei der zu erwartenden Wiederholung des großen Methylalkoholprozesses Interesse verdient. Es handelt sich um einen Schriftsetzer, einen starken Trinker und Raucher, der schlafend in das Krankenhaus eingeliefert wurde und nach zweieinhalb Stunden starb. Das Ergebnis der Obduktion war, wie Dr. R. Schlichting in der Medizinischen Klinik mitteilt, daß die schweren Veränderungen, die bei der anatomischen Untersuchung gefunden wurden, durch die Giftwirkung des im Magen gefundenen Methylalkohols erklärt sind. In der Tat wurde festgestellt, daß der Mann an seinem Todestage in seiner Stammkneipe schlesischen Korn getrunken hatte, in dem Methylalkohol nachweisen ließ. Kurz vorher hatte er Hering gegessen. Das Ergebnis der Untersuchung weicht von den Sektionsergebnissen der in den Weihnachtstagen verstorbenen Asylisten nicht ab. Der Fall zeigt, daß Methylalkohol einem chronischen Alkoholisten, der vorher Hering gegessen hatte, ein tödliches Gift gewesen ist. Aber auch bei einer großen Anzahl der gestorbenen Asylisten handelte es sich um chronische Schnapstrinker, die Fische gegessen hatten. Möglich wäre es, daß sich bei

Aufnahme des Methylalkohols bei Gegenwart von bestimmten Fetten schwer giftige Verbindungen bilden. Diese Frage ist noch nicht genügend geklärt.

Zu Tode gequält. In Horstmar bei Dortmund ist vor einigen Tagen ein alter Mann den Verletzungen erlegen, die er durch die täglichen Mißhandlungen durch sei Frau und seinen Sohn erhalten hat. Unter dem Verdacht der Mitschuld am Tode ihres Gatten und Vaters wurden in Horstmar die Frau und der zwanzigjährige Sohn des Invaliden Ozebeck verhaftet. Ozebeck war am Montag mit durchschossener Brust und mit einem tödlichen Messerstich im Hals als Leiche im Bett aufgefunden worden. Zunächst hatte man den Kostgänger der Familie, der als Liebhaber der Frau des Ermordeten galt, festgenommen. Die weitere gerichtliche Untersuchung ergab aber, daß auch die Frau und der Sohn an der Ermordung beteiligt gewesen sind. Der Tote ist schon längere Zeit von seinen Angehörigen aufs grausamste mißhandelt worden. Noch wenige Tage vor seinem Tode wurde er von seinem Sohn derart mit einem Ochsenziemer mißhandelt, daß dem Unglücklichen der ganze Unterkiefer bloßgelegt wurde und er keine Nahrung mehr zu sich nehmen konnte. Außerdem war er durch Unterernährung so heruntergekommen, daß er fast wie ein Skelett aussah. Wer von den drei Verhafteten ihm die tödlichen Verwundungen beigebracht hat, ist noch nicht bekannt.

Autounglück. Auf der Chaussee zwischen Magdeburg und Salzwedel sauste ein Automobil infolge eines Achsenbruchs, als der Wagen sich in außerordentlich schneller Fahrt befand, eine Böschung hinab und überschlug sich. Während der Bankier Weigelt, der den Wagen leitete, und der Leutnant Pleyn vom Fußartillerie-Regiment Nr. 4 aus Magdeburg mit leichteren Verletzungen davon kamen, waren die beiden Chauffeure Reinicke und Schneider sofort tot.

Infolge ehelicher Zwistigkeiten ist in Leipzig eine Schuhmachersfrau mit ihren beiden Söhnen im Alter von zwei Jahren und von sechs Monaten von der Eisenbahnbrücke in den Flutkanal gesprungen. Die Frau konnte noch lebend aus dem Wasser gezogen werden, die beiden Kinder sind ertrunken.

Verzweiflungstat eines Chauffeurs. Aus Verzweiflung über den Tod eines Mannes, den er mit seinem Automobil überfahren hatte, hat sich bei Schweinfurt am Main ein Chauffeur erschossen. Das Automobil des Rentiers Eberle auf Schloß Mainberg überfuhr auf der Chaussee bei Schweinfurt den Versicherungsagenten Janke aus Schweinfurt, der auf seinem Rad nach Mainberg unterwegs war. Als der Chauffeur Elsberger sah, daß Janke lebensgefährlich verletzt war, ließ er sein Automobil auf der Straße stehen, eilte nach Schloß Mainberg zurück und erschoß sich.

Ein fünfzehnjähriges Mädchen ermordet. In einem Dorf hat sich eine Liebestragödie abgespielt. In Goitke im Kreis Militsch ermordete der achtzehnjährige Knecht Wilhelm Sobanske, ein früherer Fürsorgezögling, die fünfzehnjährige Schäfertochter Lucie Szkaradek, weil sie seine Liebesanträge zurückwies. Der Mörder verbirgt sich in den Rawitscher Wäldern.

Ein katholischer Pfarrer verhaftet. Nach einem Verhör durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht Bamberg wurde der 57 Jahre alte katholische Pfarrer Joseph Spaeth in Herrnsdorf wegen fortgesetzter Verbrechen gegen die Sittlichkeit, die an einer Reihe von schulpflichtigen Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren begangen wurden, verhaftet. Die Pfarrei wird durch einen Kaplan verwaltet. Der verhaftete Pfarrer war seit 1888 Seelsorger in der Gemeinde Herrnsdorf, die etwa dreihundert Seelen zählt. Der Fall erregt großes Aufsehen.

Ein Liebesdrama. Am Sonnabend nachmittag erschoß in Trier ein junger Fuhrmann seine Braut und brachte sich selbst einen tödlichen Schuß in die Brust bei. Der Grund soll die Weigerung des Mädchens gewesen sein, zur Ehe zu schreiten.

Brandkatastrophe in Russisch-Polen. Laut Blättermeldungen hat in Plosk ein verheerender Brand großen Schaden angerichtet. Den Flammen sind mehrere Kirchen, die Synagoge, zahlreiche öffentliche Gebäude und mehrere hundert Wohnhäuser zum Opfer gefallen. Fünf Personen sind in den Flammen umgekommen. Mehrere Tausende sind obdachlos.

Der Kampf am Abgrund. Auf einem einsamen Gebirgswege oberhalb Sondrio (Oberitalien) wurde dieser Tage ein junges Mädchen, das bei einer zur Sommerfrische in den Alpen weilenden Familie bedienstet ist, von einem Landarbeiter belästigt. Der Mann versuchte, dem Mädchen Gewalt anzutun und es kam zu einem furchtbaren Ringen, wobei beide zusammen einen steilen Abhang herunterrollten. Der Angreifer kam zuerst zur Besinnung, bewaffnete sich mit einem Stein und schlug das Mädchen auf den Kopf. Obwohl dieses durch den Fall mehrere Wunden davongetragen hatte, hatte es noch die Geistesgegenwart, ein kleines Taschenmesser zu ziehen, mit dem es dem Manne die Sehnen des Unterarmes durchschnitt. Der Verwundete ließ darauf von dem Mädchen ab, das erst am nächsten Morgen in jämmerlichem Zustande aufgefunden wurde. Der Mann wurde, ziemlich schwer verwundet, in seiner Wohnung verhaftet.

Das Erdbeben in der Türkei. Wie jetzt bekannt wird, ist die Insel Imbros gleichfalls von dem jüngsten Erdbeben heimgesucht worden; sämtliche Dörfer der Insel wurden zerstört.

Der Stromboli in Tätigkeit. Wie ein Telegramm aus Catania meldet, befindet sich der Stromboli neuerdings wieder in Tätigkeit; der Horizont ist durch die fortwährenden Aschenregen völlig verdunkelt. Die Eruptionen sind stärker als die seit dem Jahre 1907 dagewesenen. Die ausgeworfene Asche bedeckt bereits meterhoch den Erdboden. Die Öffnung des Kraters hat eine bedeutende Erweiterung erfahren. Der Bevölkerung hat sich eine lebhafte Unruhe bemächtigt.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten" zu agitieren.

Feuer in einer Steinkohlengrube. Ein Telegramm aus Vesoul meldet: Auf der Zeche Magny der Steinkohlengruben von Ronchamp ist Feuer ausgebrochen. Vier Personen sind umgekommen.

Risiko der Arbeit. Im Ignaz-Schacht bei Ostrau wurden 5 Arbeiter durch giftige Kohlengase betäubt. Zwei von ihnen sind tot, und die übrigen drei lebensgefährlich erkrankt. — Bei der Montierung eines Krans in einer chemischen Fabrik in Grünau ist der Haken eines Hängegerüstes gerissen, wobei vier Arbeiter in die Tiefe stürzten. Einer der Abgestürzten ist auf dem Transport nach dem Krankenhaus gestorben, die anderen sind schwer verletzt worden.

Schlägerei in der Kirche. In der Hauptpfarrkirche zu St. Maria in Krakau kam es während des Gottesdienstes zu panikartigen Szenen. Zwei Frauen gerieten wahrscheinlich aus Eifersucht in der Kirche in einen Wortwechsel, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Die Kirchenbesucher bemühten sich vergebens, die kämpfenden Frauen auseinanderzubringen und schließlich wurde der Skandal so groß, daß unter den Anwesenden eine Panik entstand. Alles drängte zum Kircheneingang, jedoch gelang es der schnell herbeigerufenen Polizei noch rechtzeitig, die Menge zu beruhigen und größeres Unheil zu verhüten. Die beiden Frauen wurden verhaftet.

Nach dem Genuß von Pilzen ist in Waldburg bei Dresden eine Mutter und deren 7jährige Tochter erkrankt. Das Mädchen starb, während die Mutter hoffnungslos darniederliegt.

Russische Alltäglichkeiten. Beim bischöflichen Konsistorium in Wilna wurden Unterschlagungen von Kirchengeldern in Höhe von 650000 Rubel entdeckt. Die Schuldigen wurden verhaftet.

Ein Langersehnter. Der Falschspieler Stallma Korff-König ist Sonnabendvormittag auf seinem T von England in Hamburg eingetroffen und soll a mittag nach Berlin weitertransportiert werden.

Ein smarter Geschäftsmann. Eine neue Skand hat Neuyork seit einigen Tagen zu verzeichnen. vor kurzem auf dem elektrischen Stuhl hingerichtete Verbrechern, gegen deren Hinrichtung an einem Tage damals Proteste laut geworden waren, wurden f ihren Familien nicht reklamiert. Der Inhab ei orientalischen Viertel belegenen Wachsfigurenka ein nun und erhielt — gegen entsprechendes Entgelt — laubnis, von den erwähnten fünf Hingerichteten W figuren anfertigen zu lassen und öffentlich zustellen. Der Inhaber des Wachsfigurenkabinett aber auch die Leichen der Hingerichteten und erhob für deren Besichtigung ein Eintrittsgeld vo halben Dollar. Darüber waren zahlreiche Bürger ordentlich entrüstet und verursachten in dem Wachsf kabinett einen großen Skandal, so daß sich der Besit anlaßt sah, die Leichen der Hingerichteten von der Aus zurückzuziehen. Gleichzeitig wurden bei den zuständig hörden lebhafte Proteste erhoben. Die Behörden hab strenge Untersuchung eingeleitet.

Handels- und Marktnachricht

Lübecker Marktpreise vom 17. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei- Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3,00—3, Hühner 2,00—2,50 Mk., Küken Stück 1,——1,50 Mk., T Stück 50—60 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Fl — Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,15 Mk., Schweinskopf 60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,50, Eier Stck. 8½— Heringe — Pfg., Dorsche genüg, Süßwasserfische Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Schleie 1,30—1,40 Mk., Brachsen —,60 Pf., Hechte — Pf., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,50—1,0 Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blum der Kopf 20—40 Pf., Kohl 100 Pfd. — Mk., G 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 10 Mk., Kirschen Pfd. 50—60 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 60 Pfg., Aland Pfd. — Pfg. Steinbutt, lebende 70—80 Pfg. Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 0 3. Sorte 00—00 Pf.

Getreidepreise.

Lübeck, 17. Aug

Weizen, 128—134 Pfd. holl. — — — Mk. **Roggen** 122 Pfd., holl. 160—170 Mk., **Gerste**, nach Qu — — — Mk. **Hafer**, nach Qualität, 205—210 Mk. — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 17. Aug

Auftrieb 5054 Schweine. Markt ruhig geräumt. stand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendge nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 82,— bis (65,50 bis 66,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240 Pfund, Tara 20 Proz., 81,— bis 82,00 (65— bis 66,00 Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 80,— 81,00 (62,— bis 63,— Mk.) Gute leichte Ware, unte Pfund, Tara 22 Proz., 80,00 bis 81,00 (62,50 bis 63,— Geringere Ware, Tara 24 Proz., 74,— bis 78,— (56,0 59,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 76,— 78,00 (61,— bis 62,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Ta Prozent 70,00 bis 76,00 (54,50 bis 59,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellin
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer &
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, G werker und Gewerbetreib** werden sauber und pünktlich geführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksb**

Zu sofort oder 1. Oktober eine freundliche **Parterre-Wohnung** an einzelne Leute, Mk. 140.— 2670 Hundestraße 87, I.

Zwei- oder Drei-Zimmer-Wohnung in der Stadt gesucht. 2672 Off. u. **R S 12** an die Exped.

Eine guterhaltene **Muschel-Bettstelle** mit Sprungfeder-Matratze zu verkaufen. Preis 15 Mk. 2668) Schwönekenquerstr. 2, II.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der **Buchdruckerei des Lüb. Volksbo Johannisstraße 46.**

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder"**. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.